

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

8/2010 · 22. Februar 2010



Sprache

Vazrik Bazil

Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht

Josef Klein

Sprache und Macht

Frank Brunssen

Zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes

Rüdiger Harnisch

Dialektentwicklung am Rande des Eisernen Vorhangs

Volker Hinnenkamp

Vom Umgang mit Mehrsprachigkeiten

Heike Wiese

Kiezdeutsch – ein neuer Dialekt

Editorial

Sprache ist allgegenwärtig – durch sie verleihen wir unseren Gedanken und Emotionen Ausdruck und sind in der Lage, mit anderen zu kommunizieren. Sie ist Teil unserer Identität. In der Politik spielt Sprache eine besondere Rolle – oder besser: ihr Gebrauch, durch den sie zu einem politischen Instrument werden kann. So sind Auseinandersetzungen um politische Inhalte und die „Besetzung“ von Themen meist verknüpft mit einem Wettstreit um die „richtige“ Benennung von Dingen oder die „wahre“ Bedeutung von Worten. Jüngstes Beispiel ist die öffentlich geführte Debatte um die Bezeichnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, in dessen Zusammenhang erst seit kurzem auch offiziell von „kriegsähnlichen Zuständen“ bzw. einem „bewaffneten Konflikt“ die Rede ist.

In der parlamentarischen Demokratie ist Sprache nicht automatisch „demokratisch“ im Sinne von ideologie- oder gar herrschaftsfreier Kommunikation – man denke nur daran, wie unterschiedlich etwa „sozial gerecht“ interpretiert werden kann. Vielmehr gewährleisten demokratische Öffentlichkeit und Meinungsfreiheit den Wettstreit konkurrierender Sprachdeutungen (und Ideologien), was in der deutschen Geschichte nicht immer der Fall war. Der Wortschatz offenbart vorherrschende Wertvorstellungen, weshalb er auch als „geronnenes gesellschaftliches Bewusstsein“ bezeichnet wird. Zwar wandelt er sich mit politischen Umbrüchen, aber jede Zeit hinterlässt auch ihre lexikalischen Spuren. Ein allzu unbekümmerter Sprachgebrauch kann schnell zu Irritationen führen.

Sprache ist nicht zuletzt etwas Lebendiges, das sich ständig weiterentwickelt. So haben zahlreiche Anglizismen längst Eingang ins Deutsche gefunden, und neue urbane Jugendsprachen wie etwa das „Kiezdeutsch“ haben sich herausgebildet. Auch diese Entwicklungen spiegeln ein Stück gesellschaftlicher Realität wider.

Johannes Piepenbrink

Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht

Politische Sprache bedeutet den politischen Gebrauch der Sprache. Wenn widerstreitende Kräfte in der Gesellschaft die Sprache für ihre Machtkämpfe öffentlich einsetzen, nutzen sie die Sprache politisch. Gelingt es diesen Kräften, die Meinungen und Einstellungen oder gar die Verhaltensweisen der Menschen zu beeinflussen und Mehrheiten

Vazrik Bazil

Dr. phil., geb. 1966; Kommunikationsberater, Dozent und Publizist; Vorstandsmitglied des Verbandes der Redenschreiber deutscher Sprache; Seydelstraße 6, 10117 Berlin. bazil@t-online.de

sich für sich zu gewinnen, dann hat sich dieser Gebrauch gelohnt. Daher ist die „politische Sprache“ nicht mit der Sprache der Politiker gleichzusetzen. Nicht nur Politiker vermögen politisch zu sprechen, sondern auch Führungskräfte in der Wirtschaft, wenn sie ihr Handeln öffentlich legitimieren, oder Intellektuelle, wenn sie Ideologien kritisch entlarven und so den Nährboden für den Machtzuwachs mancher Kräfte austrocknen und manch anderer düngen. Die Sprache der Politiker hingegen umfasst stilistische Eigenheiten, liebgewonnene Formulierungen und gewöhnliche Floskeln,¹ die teils individuell gefärbt sind und nur schwach mit Steuerung von Öffentlichkeiten oder Lenkung von gesellschaftlichem Handeln zusammenhängen.

Grundbegriffe, Stil und Methoden

Zur politischen Sprache gehört erstens das Institutionsvokabular (z. B. „Bundestag“, „Ministerpräsident“, „Regierungskoalition“), zweitens das Interaktionsvokabular, das politische Interaktionen oder sprachliche Handlungen bezeichnet (z. B. „Skandal“, „Beschluss“, „Kompromiss“ oder „fordern“, „zustimmen“, „diskutieren“) und schließlich das Ressortvokabular, welches die Fachsprache der jeweiligen Sachressorts umfasst, wie

die diplomatische Sprache, die Finanzsprache oder die Umweltsprache usw.² Gehen Politiker mit Fachtermini sorglos um, laufen sie Gefahr, in der Öffentlichkeit bestenfalls unverstanden zu bleiben und schlimmstenfalls missverstanden zu werden.³

Wenn man von Sprache spricht, so denkt man unwillkürlich an Grammatik, Rechtschreibung oder Stilistik. Und wenn Politiker im Fokus stehen, so fallen einem bestimmte Wörter und Sätze ein wie „Wir gehen davon aus, dass . . .“, „Bitte lassen sie mich ausreden. Ich habe ihnen ja auch zugehört“, „Wir brauchen Visionen“, „Wir werden es gemeinsam schaffen“, „Die Menschen da draußen können es nicht mehr verstehen“, „Der kleine Mann auf der Straße“ usw. Diese Wendungen sind vielen Bürgerinnen und Bürgern aus Interviews oder Talkshows vertraut. Hinzu kommen Substantivierungen oder Passivkonstruktionen, die den Staub der Behördensprache immer wieder aufwirbeln und jede Verantwortung von Politikern fernhalten. Nur wer anders spricht und abweichend formuliert, wirkt frisch und erfrischend.

Wir kommunizieren nie unschuldig. Die politische Sprache ist ein Kampf mit Wörtern um Wörter. So lässt sich Deutungshoheit über Sachverhalte gewinnen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die drei bekanntesten und gängigsten Methoden sind dabei: benennen, besetzen und beschönigen.

Benennen (labeling). „Dies hat mir die größte Mühe gemacht: einzusehen, dass unsäglich mehr daran liegt, wie die Dinge heißen, als was sie sind (. . .). Es genügt, neue Namen und Schätzungen und Wahrschein-

¹ Floskeln sollte man nicht generell verurteilen, denn auch sie ergeben einen Sinn: Sie schaffen Distanz, geben Zeit zur Orientierung, erlassen es den Menschen, sich vorschnell auf diese oder jede Position festzulegen. Schließlich gehören Floskeln auch oft zur Sprache der Höflichkeit.

² Vgl. Josef Klein, Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik, in: ders. (Hrsg.), Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen 1989, S. 5 f.

³ Im Justizministerium sitzt der „Redaktionsstab Rechtssprache“, der als Ergebnis des Projekts „Verständliche Gesetze“ eingerichtet wurde. Dieser Stab prüft Gesetze und Verordnungen auf ihre sprachliche Klarheit und Verständlichkeit. Ob allerdings Verständlichkeit in der politischen Sprache immer erwünscht ist, darf mit Recht bezweifelt werden.

lichkeiten zu schaffen, um auf die Länge hin neue ‚Dinge‘ zu schaffen.“ Mit dieser Einsicht fasste Friedrich Nietzsche (Die Fröhliche Wissenschaft, § 58) den Vorgang und die Absicht von Benennungen treffend zusammen. Wer Dinge neu zu benennen versteht, hebt eine neue Realität aus der Taufe – so zumindest die Hoffnung. „Neue Mitte“, „Neue Soziale Marktwirtschaft“, „Neoliberalismus“ sind beispielsweise Namen, die für „neue“ Sachverhalte stehen sollen – reale oder vermeintliche. „Arbeitsagentur“ ist ein weiterer Name, der einen früheren ersetzt (nämlich „Arbeitsamt“) und den Mentalitätswechsel in der Verwaltung andeutet – „bürgerfreundlich“, „schnell“, „serviceorientiert“. Aus dieser Absicht erwächst auch der Gebrauch des englischen Namens „Jobcenter“. Ob allerdings diese nominalistische Sicht, welche den Realitätswandel vom Sprachgebrauch abhängig macht, in diesem Umfang zutrifft, sei dahingestellt.¹⁴

Besetzen („Begriffe besetzen“). Eine andere bekannte „Kampfmethode“ ist die Besetzung von Begriffen. Wer Begriffe neu deutet und deren Inhalt (Denotation) samt emotionaler Ausstrahlung (Konnotation) neu definiert, hat gute Chancen, die eigene Position mehrheitsfähig zu machen. Man denke nur an die Versuche, Definitionshoheit über Begriffe wie „Familie“, „Bildung“ oder „Soziale Marktwirtschaft“ zu erlangen. Da die Bedeutung von Wörtern in ihrem Gebrauch liegt, wächst einer politischen Kraft in dem Maße Macht zu, in dem sie den Gebrauch bestimmter Wörter in der Öffentlichkeit und den Medien durchsetzt.

In der Debatte um die Neuregelung des Paragraphen 218 Anfang der 1970er Jahre entbrannte zum Beispiel ein Streit um das Wort „Schwangerschaftsunterbrechung“. Wer gegen eine Fristenlösung war, interpretierte dieses Wort als Verschleierung einer Tötungstat. „Unterbrechung“ legte die Vorstellung nahe, dass eine Frau die Schwangerschaft später fortsetzen könne.

Auch das Wort „Elite“ hat eine ambivalente Geschichte. In Deutschland ist es aufgrund seiner Verwendung im „Dritten Reich“ vorbe-

¹⁴ Vgl. Edoardo Crisafulli, *Igiene verbale. Il politicamente corretto e la libertà linguistica*, Florenz 2004, S. 96 ff.

lastet, weil es seinerzeit rassenideologisch angehaucht war. Im Hintergrund schwebt also immer die Vorstellung der „Auslese“. Der Gegensatz „Elite – Masse“ trat im nationalsozialistischen Schulsystem im Rahmen der Eliteerziehung deutlich hervor. Erst in den 1960er und 1970er Jahren wurde dem Wort der Begriff „Chancengleichheit“ entgegengesetzt und es so entstigmatisiert. Weitere Wortbildungen wie „Verantwortungselite“, „Funktionsselite“, „Leistungselite“ oder „Eliteuniversitäten“ haben der Bezeichnung „Elite“ inzwischen positiven Inhalt verliehen.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Wortanfängen „Atom-“ und „Kern-“. Das Wort „Atom“ ist heute negativ konnotiert. Es nährt Vorstellungen wie „Atombombe“ oder „Atomkrieg“. In der Diskussion um die Atombewaffnung der Bundeswehr (Ende der 1950er Jahre) wurden der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer von der Opposition als „Atomkanzler“ und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß als „Atom-Strauß“ beschimpft. Dann trat das Lexem „Kern-“ auf und löste das umstrittene Lexem „Atom-“ ab. Viele Pazifisten deuteten diese Umbenennung als Anbiederung der Politik an die Atomlobby. So benutzen Atomkraftgegner heute noch vorwiegend das Lexem „Atom-“, während Energieunternehmen das Wort „Kernenergie“ bevorzugen, um negative Assoziationen zu vermeiden.¹⁵

Beschönigen. Auch Euphemismen, wozu die *political correctness* gehört, zählen zu den beliebten Methoden. Sie sind beschönigende Ausdrücke für tabuisierte Wörter oder Ideen¹⁶

¹⁵ Nicht nur Begriffe werden positiv oder negativ besetzt, sondern auch Personen. Bei der Selbst- und der Fremddarstellung bedienen sich die Teilnehmer der Technik des *impression managements*. So bezeichnet man sich selbst oder den politischen Gegner entweder als „verantwortlich“ oder „unverantwortlich“, „glaubwürdig“ oder „unglaubwürdig“, „integer“ oder „korrupt“ usw. Vgl. Vazrik Bazil, *Impression Management – Man ist, wofür man gilt*, in: Günter Bentele/Manfred Piwinger/Gregor Schönborn (Hrsg.), *Handbuch Kommunikationsmanagement*, Bonn 2003, 6.08, S. 1–16.

¹⁶ Tabus zu brechen oder aufzustellen, gehört zu den Machtinstrumenten der politischen Sprache. Dieser Aspekt wäre auch bei Integrationsfragen zu berücksichtigen, weil jede Integration auch Integration von Tabus (seien sie sprachliche oder verhaltensbezogene) bedeutet. Hat die Mehrheitsgesellschaft andere Tabus als die Minderheitsgesellschaft, sind Missverständnisse unausweichlich. Der sogenannte Karikaturenstreit

und sind uns auch aus der Alltagskommunikation bekannt (z. B. „einschlafen“ oder „heimgehen“ für „sterben“). Die Kriegsberichterstattung der USA lieferte während des Golfkrieges 2003 viele Beispiele für Euphemismen: So wurde das verharmlosende Wort „Kollateralschaden“ genutzt, wenn nicht nur das anvisierte Ziel getroffen wurde, sondern auch viele Zivilisten durch Bomben oder Raketenabwürfe starben; das Wort „technischer Fehler“ sollte verschleiern, dass eine Rakete nicht im Zielgebiet, sondern in einem unbeteiligten Land einschlug. Weitere Beispiele sind „Luftunterstützung“ für „Luftangriff“, „humanitäre Intervention“ für „Krieg aus humanitären Gründen“ oder „den Feind neutralisieren“ für „den Feind töten“. Auch *political correctness* kann teilweise abstruse Formen annehmen, wie etwa die amerikanischen Beispiele „differently abled“ für „handicapped“ oder „cosmetically different“ für „ugly“ zeigen.¹⁷

Ideologie

Im politischen Wettstreit sind stets Ideologien am Werke – teils bekannt, teils unbekannt. Sie sind handlungsorientierte Überzeugungen, einfache und allgemeine, die absolut gesetzt werden und im Handeln selbst jeder Kritik entzogen bleiben. Mit ihrer Hilfe meistern Menschen ihr Leben oder sichern politische Kräfte ihre Macht. Mögen Ideologien, einschließlich der in ihnen enthaltenen Vorurteile, auch falsch sein – nützlich und notwendig sind sie daher allemal. Ohne sie könnten Menschen überhaupt nicht handeln. Da im politischen Kampf alle Teilnehmer (Parteien, Verbände, Unternehmen usw.) auf Gesichtswahrung in der Öffentlichkeit bemüht sind,¹⁸ werden Meinungen und Überzeugungen mit Verve vertreten, selten in Frage gestellt und kaum zurückgenommen. Die Zweiteilung in Regierung und Opposition – die Rollenverteilung, das Loben des Eigenen und das Tadeln des Gegnerischen – setzt unbeabsichtigt Beharrungskräfte frei, welche die dahintersteckenden Ideologien noch mehr stärken.

Geschichtlich betrachtet ist die Zeit der großen Ideologien vorbei. Aber vom „Ende

sollte daher auch vor diesem Hintergrund erneut beleuchtet werden.

¹⁷ Vgl. E. Crisafulli (Anm. 4), S. 159 ff.

¹⁸ Vgl. Erving Goffman, *The Presentation of Self in Everyday Life*, New York 1959.

der Ideologien“ zu sprechen, wäre aus den erwähnten Gründen verfehlt. Der bekannte Gegensatz zwischen „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ ist und bleibt in der Bundespolitik nach wie vor maßgebend. Die Erfindung der „Neuen Mitte“ oder neuerdings nur der „Mitte“ ist ein Versuch, diesen Gegensatz zu überwinden, doch gerinnt dieser Name selbst zu einem ideologischen Kampfbegriff, der wiederum besetzt werden muss. „Soziale Marktwirtschaft“ und „Globalisierung“ sind weitere Begriffe, die im öffentlichen Diskurs ideologisch gebraucht werden.

Rhetorische Zunge

Politische Sprache als solche ist nicht nur ideologisch, sondern auch rhetorisch, das heißt, sie ist auf Überzeugung angelegt. Dieser appellative Zug ist zwar auch in der schriftlichen Kommunikation sichtbar, aber das mächtigste Instrument der politischen Sprache ist die Rede. Sie geht aus fünf Schritten hervor: *inventio* (Ideen sammeln, Recherche), *dispositio* (Gliederung des Stoffes, Argumentation), *elocutio* (Formulierung), *memoria* (Einprägen) und *actio* (Vortrag). An dieser Stelle sollen vor allem der zweite und der dritte betrachtet werden.

Im Unterschied zum Beweis besteht das Ziel der rhetorischen Argumentation nicht darin, „die Folgen aus bestimmten Prämissen abzuleiten, sondern die Übereinstimmung eines Publikums mit den Thesen, die man seiner Zustimmung unterbreitet, hervorzurufen oder zu verstärken“.¹⁹ Die rhetorische Argumentation überträgt also die den Prämissen (Voraussetzungen) eingeräumte Zustimmung auf die Folgerungen. Welche sind nun diese Prämissen? Sie sind natürlich, je nach Ressort, die kontextabhängigen Sachverhalte. Doch entscheidend sind letztlich andere Voraussetzungen, nämlich die „Werte“, welche in einer Gesellschaft zu einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt gültig sind. Die rhetorische Argumentation greift, wenn politische Kräfte ihre Thesen und Meinungen mit diesen Prämissen bzw. Werten „umrahmen“ (*framing*).

Umrahmungen gehen in der politischen Sprache in alle möglichen Formulierungen ein: Rahmt eine Organisation den Sachver-

¹⁹ Chaim Perelman, *Das Reich der Rhetorik. Rhetorik und Argumentation*, München 1980, S. 18.

halt „Homo-Ehe“ mit dem Begriff „Verantwortungsgemeinschaft“ ein, dann stattdessen den Sachverhalt „Homo-Ehe“ mit Vorstellungen von „Verantwortung“ und „Gemeinschaft“ aus, die unserer Wertewelt entsprechen. „Bürgerversicherung“, „Lohnzurückhaltung“ oder „gerechte Entlohnung“ sind weitere Beispiele, die zeigen, wie die Praxis des Benennens, Besetzens und Beschönigens ebenfalls in diesen Werten wurzelt und aus Werteumrahmungen schöpft.

Zu diesen Werten gehören auch kulturelle Vorurteile, die als Werturteile unser Denken und Handeln leiten und auch als Ideologien bezeichnet werden können. Einige dieser Vor- und Werturteile sind: Die Zukunft ist besser als die Vergangenheit; das Neue ist besser als das Alte; Dynamik (Kraft) ist besser als Statik; Frieden ist besser als Krieg.

Schlagwörter wie „Neue Kraft“, „Zukunft gestalten“ oder „Neue Mitte“ sind inzwischen vertraute Wendungen. Politiker haben diese Umrahmungstechnik so stark verinnerlicht, dass sie Gegensätze (Zukunft/Vergangenheit, neu/alt usw.) mit Rahmungen aufzuheben vermögen. So gelingt es ihnen sogar, Kriege mit „Frieden“ (oder „Gerechtigkeit“) zu umrahmen und zu rechtfertigen.

Zeitgeist und Antipolitik

Werte und deren Deutungen unterliegen dem geschichtlichen Wandel und hängen von Kulturräumen ab. So hat jede Zeit und jeder Kulturraum einen eigenen „Zeitgeist“¹⁰ und, wenn man das Wort prägen darf, „Raumgeist“, welcher der Inbegriff der vorherrschenden Werte ist. Der Zeit- und Raumgeist hat kein Sitzfleisch, wohl aber Macht auf Zeit. Er gibt vielen Menschen Halt, Sicherheit und Anerkennung.

Schon im 18. Jahrhundert haben die Menschen erkannt, dass Wissen geschichtlich verfasst ist, und dass das ideale Wissensmodell der Zeitlosigkeit, verkörpert in der Mathematik, hinfällig ist. Ausgleich schafft nun zeitweise der Zeitgeist: Er bestimmt, was in einer bestimmten Epoche und in einem bestimmten Land gültig, ungültig, richtig und falsch ist.

¹⁰ Vgl. Vazrik Bazil, Welchen Raum braucht das Denken?, in: Preisfrage 2008: Welchen Raum braucht das Denken?, Berlin 2009, S. 157–168.

Wer in der Öffentlichkeit erfolgreich handeln will, muss diesen Zeitgeist als absolut anerkennen. Daher kann Politik ihm nicht widersprechen, wenn sie erfolgreich sein will, aber sie muss ihn auch ändern, wenn sie führen soll. Dieser Spannung ist auch die politische Sprache ausgesetzt, weshalb „antipolitische“ Skepsis stets geboten ist – auch als Korrektiv zum Politischen.

Antipolitisch ist in dieser Hinsicht, sehen wir von der privaten Sprache ab, die Fiktion. Max Frisch hat in einer seiner Poetikvorlesungen die Kunst als „Gegen-Position zur Macht“ definiert – nicht als „Gegen-Macht“, welche wiederum innerhalb der politischen Sprache bliebe. Frisch führte dazu aus: „Da viele aber nicht sagen können, wie sie erleben, fühlen sie sich verpflichtet, so zu erleben, wie diese Herrschaftssprache es der schweigenden Mehrheit vorschreibt. Wie *man* erlebt. Die Herrschaftssprache hat die Tendenz, uns zu entmündigen, um uns verfügbar zu machen. Sie kastriert uns politisch Tag für Tag. Was Literatur leistet: (...) Der Schriftsteller blickt um sich. Indem er den Redensarten (der politischen Sprache, *Anm. d. A.*) eine andere Sprache entgegensetzt, die Sprache seiner Erfahrung, entlarvt er die Herrschaftssprache als Herrschaftssprache, als Trug-Sprache (...).“¹¹

Frisch definiert hier die politische Sprache als eine Herrschaftssprache und setzt das „Man“ mit dem Zeitgeist gleich. Zusammengefasst heißt dies: Das „Man“ ist der Träger des Zeit- und Raumgeistes und seine Sprache ist die politische. Gerade darin zeigt sich auch die politisch relevante Seite der Fiktion: Das „Man“ des Zeitgeistes weicht dem „Ich“ der Person, des Einzelnen, des Einmaligen.

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft brauchen wir nicht nur „Gegen-Mächte“ innerhalb der politischen Sprache, sondern wir brauchen außerhalb davon auch „Gegen-Positionen zur Macht“. Erst in diesem Gleichgewicht vermag die Freiheit jene frische Luft zu bringen, die wir als Bürger zum Atmen brauchen.

¹¹ Max Frisch, Schwarzes Quadrat. Zwei Poetikvorlesungen, Frankfurt/M. 2008, S. 67–68.

Josef Klein

Sprache und Macht

Mit Sprache bringen wir die Welt „auf den Begriff“; mit ihr regeln wir weitgehend die sozialen Beziehungen. Sprache ist

Josef Klein

Prof. Dr. phil., geb. 1940; lehrt Politolinguistik am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin; ehem. Präsident der Universität Koblenz-Landau; Obersteinstraße 79, 52223 Stolberg/Rhld. josefklein987@aol.com

Bedingung für Machtausübung und selbst eine Macht – Macht verstanden als „jener Faktor in einer sozialen Beziehung, der die Handlungsmöglichkeiten der Akteure strukturiert“. ¹ Begriffe, in denen wir denken, prägen das Bild von

der politisch-sozialen Wirklichkeit und beeinflussen Verhalten. Bei dieser „konzeptuellen“ Funktion der Sprache handelt es sich um strukturelle Macht. ² Die Macht von Personen, Gruppen und Institutionen ist dagegen Akteursmacht, welcher Sprache als Instrument dient. Politisch wirkt Sprache also zweifach: als anonyme Struktur (*langue*) und als rhetorische Praxis (*parole*).

Mächtige haben das Sagen. Machtlose haben nichts zu sagen. Die Redensarten sind eingängig, verraten aber nur eine Teilwahrheit. So kann Nichtssagen auch Merkmal intransparenter Machtausübung sein. In Gesellschaften mit Wettbewerb um die politische Macht sichert Sprache – trotz Kaschierpraktiken – Transparenz und dient mehr dem Bemühen, Macht zu erwerben und zu verteidigen als sie auszuüben. Machtunterworfenen können Mächtige abwählen. Wer sich in politischen Institutionen durchsetzen will, muss auch dort Mehrheiten organisieren. Darum ist politisches Reden und Schreiben in Demokratien weit überwiegend „persuasiv“, das heißt, es ist darauf ausgerichtet, andere zu überzeugen und vorhandene Überzeugungen zu bestärken, eine Spielart von *soft power*. ³

Der „direktive“ Sprachmodus, also das Vorschreiben und Anordnen, beschränkt sich weitgehend auf Gesetze und Verordnungen. Der kommunikative Vorlauf von Gesetzen ist

allerdings persuasiv. Er besteht zum einen aus analytisch-erklärenden und argumentativ-empfehlenden Expertentexten, die darauf zielen, Entscheidungsträger zu überzeugen, zum anderen aus öffentlichen Diskursen – gegebenenfalls quer durch die Gesellschaft. ⁴ Darum mischen sich im politischen Sprachgebrauch Fachbegriffe des jeweiligen Ressorts, Terminologie der politischen Institutionen, ideologisch aufgeladene Begriffe und Alltagsvokabular.

In Diktaturen dominiert der direktive Sprachmodus mit Anordnung, Befehl und Drohung. Selbst der Gestus der Propaganda ist zwar auf der Oberfläche persuasiv, in der Substanz aber direktiv. Denn für Machterhalt, der sich auf Gewaltmittel stützt, ist es unerheblich, ob Propaganda die Menschen wirklich überzeugt. Wichtiger ist, dass die eigene Ideologie- und Propagandasprache in der öffentlichen Kommunikation monopolisiert und zum Zulassungskriterium für Karrieren wird. Sprache kann aber auch zum Instrument der Machtlosen werden. Die Endphase der DDR ist dafür exemplarisch. In Demokratien gehört die Sprache des Protestes fest zur politischen Kommunikation.

Asymmetrische Machtverteilung schlägt sich in modernen Demokratien im Privileg zur Erzeugung bestimmter Texttypen (Gesetz, Regierungserklärung, Parteiprogramm etc.) und in ungleichen Zugangschancen zu den Medien nieder. Soll an die Stelle von Protest Partizipation treten, gilt es nicht zuletzt, diese Hürden zu überwinden.

Macht der Sprache

Sprache ist eine mächtige Lenkerin, die Denken, Empfinden und Werten in einer Weise vorprägt, von der man sich oft nur durch Erfahrung oder erhebliche geistige Anstrengung befreien kann. So hat Sprache einen Hang zu Gegensatzpaaren: *richtig – falsch, Wahrheit – Lüge, positiv – negativ, Freiheit – Unfreiheit*. Statt auf Abstufungen lenkt Sprache die Wahrnehmung primär auf Kontraste. Das för-

¹ Gerhard Göhler/Ulrike Höppner/Sybille De La Rosa, Einleitung, in: dies. (Hrsg.): *Weiche Steuerung. Studien zur Steuerung durch diskursive Praktiken, Argumente und Symbole*, Baden-Baden 2009, S. 12.

² Vgl. ebd.

³ Vgl. Joseph S. Nye, *Soft Power*, New York 2004.

⁴ Vgl. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/M. 1994², S. 349–467.

dert Deutlichkeit, aber auch Polarisierung und erschwert den Blick für Differenzierung und den Wert des Kompromisses.

Denken ist geprägt durch sprachliche Bilder, deren metaphorischer Charakter uns kaum bewusst ist („verblasste Metaphern“).¹⁵ So wird Politik seit dem fortschrittsgläubigen Zeitalter der Aufklärung¹⁶ in Weg-Metaphern konzeptualisiert: *große* und *kleine Schritte*, *Aufbruch*, *Stillstand*, *Bewegung*, *Blockade*, *Fortschritt*, *Rückschritt*, *Hindernis*, *Station*, *Ziel*, *Irrweg*, *Dritter Weg* etc. Unverzichtbar ist die metaphorische Vorstellung vom Staat als eine Art kollektive Person – es sei denn, man hört auf, dem Staat als „juristischer Person“ das zuzusprechen, was Personen ausmacht: *zu handeln*, *verantwortlich zu sein*, *zu haften* und Ähnliches mehr.

Vor allem Schlag- und Schlüsselwörtern wird das Potenzial zugetraut, Macht über Denken, Emotionen und Einstellungen gewinnen zu können und als Symbole mit Integrationskraft zu wirken. Komprimiert und lautstark drücken sich in ihnen Positionen zu (oft vage bleibenden) Sachverhalten aus. Schlüsselwörter sind sie, wenn sie für einen ganzen Diskurs stehen, zu dem ihre bloße Nennung den Zugang öffnet. Schlüsselwörter entstehen oft außerhalb der Politik. Politische Kräfte greifen sie auf und geben ihnen einen Drall im Sinne der eigenen Überzeugungen.

Exemplarisch ist die Karriere des Begriffs *Globalisierung*. Seit Jahrhunderten gibt es weltweite Wirtschafts-, Verkehrs- und Kommunikationsprozesse. Aber nie gab es dafür eine zusammenfassende Bezeichnung. Mit der Vervielfachung und Beschleunigung dieser Prozesse im ausgehenden 20. Jahrhundert wird das anders. Ist *Globalisierung* zunächst ein Fachterminus zur Bezeichnung einer Alternative zur traditionellen Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaft auf nationale Ökonomien,¹⁷ saugt die Vokabel bald neue Entwicklungen (Entstehung eines weltweiten Ar-

beitsmarkts nach Auflösung des Ostblocks, Siegeszug des Internet etc.) auf und wird in den 1990er Jahren zum politischen Schlagwort. Dessen Leistung besteht im Begreifen unterschiedlicher Entwicklungen als *ein* Phänomen und im Zerreißen von Illusionen nationalen Kirchturmdenkens.

Schlüsselwörter wie *Globalisierung* sind zweifach mächtig. Sie steuern die Wahrnehmung, und sie üben Druck auf die politisch Verantwortlichen aus. So ist die „Agenda 2010“ eine (defensive) Reaktion auf „die Stürme der Globalisierung“.¹⁸ Leicht wird übersehen, was Begriffe ausblenden, zum Beispiel, dass Globalisierung auch Folge politischen Handelns (Liberalisierung des Welt Handels und internationaler Finanzgeschäfte) ist. *Die Globalisierung*, ein Wort ohne Plural, klingt wie eine mythische Macht. Das lähmt den Willen zu politischer Gestaltung, etwa bei Kapitalverkehr oder sozialen Standards. Erst der Schock der Finanzkrise 2008/2009 hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt.

Sprache kann ausschließende (exkludierende) Macht entfalten. So ist entscheidungsrelevante Expertensprache vielfach kaum in die breite Öffentlichkeit vermittelbar. Extrem exkludierend wirkt sich Sprache als Staatssprache aus, indem sie anderssprachlichen Ethnien politische Teilhabe erschwert.

Sprache der Mächtigen

Politische Akteure nutzen Sprache in der Öffentlichkeit als Instrument der Machtausübung oder zur Legitimierung ihres Machtanspruchs, indem sie institutionsspezifische Texte (Gesetz, Staatsvertrag, Parteiprogramm etc.) und Reden (Parlamentsrede, Parteitagrede etc.) produzieren, politische Debatten führen, öffentliche Diskurse prägen, durch Berichterstattung und eigene Auftritte (Interview, Talkshow, Website etc.) massenmedial präsent sind und bei all dem versuchen, durch Begriffe, Argumente, Slogans und Appelle für ihre Positionen Zustimmung zu erzeugen. Dabei spielen rationale, emotionale und ethische Aspekte zusammen.

Dazu kommen nicht-öffentliche Situationen: persönliche Entscheidungsvorbereitung,

¹⁵ Vgl. George Lakoff/Mark Johnson, *Metaphors We Live By*, Chicago–London 1980, S. 3.

¹⁶ Vgl. Reinhart Koselleck, *Fortschritt*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, Stuttgart 1978, S. 351–423.

¹⁷ Vgl. Wolf-Andreas Liebert, *Zu einem genetischen Konzept von Schlüsselwörtern*, in: *Zeitschrift für Angewandte Linguistik*, (2003) 38, S. 67.

¹⁸ Gerhard Schröder, *Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag*, 14. 3. 2003.

institutionsinterne Sitzungen, Verhandlungen, diplomatischer Verkehr, Informationsgespräche etc. Dies ist mit spezifischen Anforderungen verbunden: Expertentexte verstehen, auswerten und gegebenenfalls selbst formulieren, aufmerksam zuhören, das Verhältnis zu Partnern dialogisch modellieren, Druck aufbauen, Kompromisse formulieren und anderes mehr.

Parlamentsreden

Kaum eine Berufsgruppe ist kommunikativ so vielfältig gefordert wie Politikerinnen und Politiker. Hier soll lediglich die klassische Situation der Parlamentsrede näher betrachtet werden. Historisch bedeutende Parlamentsreden – etwa Winston Churchills „Blut, Schweiß und Tränen“-Rede oder Herbert Wehners Bundestagsrede vom 30. Juni 1960, mit der er die außen- und deutschlandpolitische Konfrontation der SPD mit der Adenauer'schen Politik der Westintegration beendete – betreffen immer einen für das Gemeinwesen zentralen Gegenstand. Sie sind Kristallisationspunkte neuen Denkens oder leisten in angespannter, zur Entscheidung drängender Lage maßgebliche Orientierung. Präzise, packend und stringent formulierte Argumentation, spannungsreicher Aufbau, der Mut, Unbequemes und Überraschendes zu sagen – gegebenenfalls nüchtern flektierend, gegebenenfalls wuchtig und anschaulich, manchmal mit einem Kernsatz, der zum geflügelten Wort wird – das macht die große Rede aus. Formale rhetorische Mittel werden da eher unauffällig verwendet.

Es ist unfair, mit solcher Elle die alltägliche Minister- oder Abgeordnetenrede zu messen. Selten geht es um die Substanz des Gemeinwesens. Die Rede ist eine Station in einem vielgliedrigen parlamentarischen Verfahren. Die wichtigen Argumente sind in der Regel schon vorgetragen und öffentlich bekannt. Da bleiben Spannung und Überraschung aus. In der Schlussdebatte weiß man, wie welche Fraktion abstimmen wird. Die Rede als Ringen um unentschlossene Abgeordnete anzulegen wäre eine Farce. Die Plenardebatte mag als ganze die Funktion eines institutionellen Brennpunkts öffentlicher Legitimierung politischer Entscheidungen haben – für die Rednerinnen und Redner wird ihr Beitrag zum Schaulaufen vor der eigenen Fraktion, der die Debatte auch zur Selbstvergewisserung dient

und die gern applaudiert, wenn der politische Gegner auf die Hörner genommen wird.

Reden im Plenum erreichen nicht einmal die breite Öffentlichkeit. Bestenfalls zitieren die großen Medien wenige Sätze und fassen selbst Regierungserklärungen rigide zusammen. Darum liegt die Konzentration der Redner darauf, einige markante Sätze einzubauen, welche die Aussicht bieten, zitiert zu werden. Wo Rede primär über Zusammenfassungen an die Adressaten gelangt, sind persuasive Effekte inhaltlich bedingt. Rhetorische Ästhetik ist da nachrangig.

Sprache im Wahlkampf

Für Wahlkämpfer kommt es darauf an, für ihre Botschaft unter Konkurrenzbedingungen Aufmerksamkeit, Interesse und Überzeugungskraft zu gewinnen. Das Gros derer, um deren Stimmen es geht, sind keine Experten. Da muss die Komplexität herrschaftssprachlicher Textwelten der wissenschaftlichen Gutachter, Verbandsexperten, Spitzenbeamten und Ressortpolitiker heruntergebrochen werden auf das Niveau nicht nur von „Bildungsbürgern“, sondern von Millionen Boulevardzeitungslesern. Die Konzentration auf zentrale, knapp gefasste Botschaften ist gefragt. Kampagnensprache ist um Allgemeinverständlichkeit bemüht, zu Mobilisierungszwecken emotional aufgeladen und zur Abgrenzung gegen die politische Konkurrenz tendenziell polarisierend. Je breiter das angesprochene Adressatenspektrum ist, desto größer ist die Gefahr, durch Festlegung zugunsten bestimmter Gruppen andere zu verschrecken. Vagheit und Nähe zur Phrasenhaftigkeit sind nicht selten die Folge.

Gern wird deutschen Parteien die Wahlkampagne des US-Präsidenten Barack Obama als Vorbild empfohlen. Allerdings setzt schon das partizipatorische US-Verfahren der Kandidatenwahl andere Bedingungen. Dennoch lohnt sich ein Blick auf Obamas Sprachstrategie. Die Kampagne war als Bürgerbewegung für ein hohes Ziel inszeniert („Movement for change“). Selbstbewusstsein und Identifikationsbereitschaft der Unterstützerinnen und Unterstützer wurden konzentriert angesprochen: im kühlen Pathos der Reden für das große Projekt *Change*, mit gezieltem Einsatz der – Kandidat und Unterstützer vereinigenden – Pronomina *we/our* in zentralen Slogans

(„Yes we can“, „Change we can believe in“) und E-Mail-Botschaften („This is our time“) sowie in der Inszenierung von Freundschaft zu Millionen E-Mail-Empfängern durch vertrauliche Anrede (*Dear* + Vorname) und Unterschrift (*Barack*).

Diskurse: Argumentation und Schlagwortnetze

In modernen Demokratien wird das Machtinstrument Sprache durchweg persuasiv verwendet. Ein zentrales Mittel solch „weicher Steuerung“ ist Argumentation.⁹ Dominant ist dabei ein komplexes Argumentationsmuster zur Legitimierung politisches Handelns.¹⁰ Sein Kernbestand sind vier sachlogisch miteinander verknüpfte Arten von Gründen bzw. Topoi: 1) situationsbezogene Daten (Datentopos); 2) Situationsbewertungen (Motivations-topos); 3) Prinzipien, Werte, Normen (Prinzipientopos); 4) Zielsetzungen (Finaltopos).

Sie bilden die Prämissen, aus denen sich das Ja zu den favorisierten politischen Maßnahmen quasi als logische Schlussfolgerung ergeben soll.¹¹ In „Reinkultur“ findet sich das Muster im Begründungsteil von Gesetzentwürfen. In anderen Text- und Redetypen überlagern die Topoi einander bisweilen. In Kurztexten und Statements wird das Muster meist partiell realisiert.

Wenn ein Legitimationsdiskurs zum Allgemeinut werden soll, sind ausführlich formulierte Argumente zur Speicherung im Gedächtnis wenig geeignet. Das leistet die Komprimierung von Argumenten in Schlagwörtern. Das Schlagwortrepertoire erfolgreicher Diskurse oder Kampagnen verteilt sich daher

⁹ Vgl. Sybille De La Rosa/Dorothea Gädeke, Steuerung durch Argumente, in: G. Göhler u. a. (Anm. 1), S. 74–137.

¹⁰ Vgl. Josef Klein, Komplexe topische Muster. Vom Einzeltopos zur diskurstyp-spezifischen Topos-Konfiguration, in: Thomas Schirren/Gert Ueding (Hrsg.), Topik und Rhetorik, Tübingen 2000, S. 626 ff.; ähnlich Christoph Kuhlmann, Die öffentliche Begründung politischen Handelns, Opladen 1999, S. 118 ff.

¹¹ Vielfach treten zu dieser Konstellation weitere Argumenttypen hinzu, insbesondere Hinweise auf Konsequenzen des politischen Handelns oder Nicht-Handelns (Konsequenztopos), die Betonung von Relevanz oder Irrelevanz (Relevanztopos), das Anführen von Beispielen (Exemplumtopos) sowie die Berufung auf Autoritäten (Autoritätstopos).

Tabelle: Schlagwortnetz des marktliberalen Reform-Diskurses

| Schlagwörter in Argumentfunktion: | |
|--------------------------------------|---|
| Datentopos | die Globalisierung, x Millionen Arbeitslose, (der deutsche) Sozialstaat |
| Motivations-topos | Chancen der Globalisierung (+), Massenarbeitslosigkeit (-), Überregulierung (-), Abgabenstaat (-), Versorgungsstaat (-), Sozialhilfebetrug (-), |
| Prinzipientopos | Freiheit (+), Eigenverantwortung (+), Wettbewerb (+), Gleichmacherei (-), Neidkultur (-) |
| Finaltopos | Wettbewerbsfähigkeit (+), (Sicherung des) Standort(s) Deutschland (+), (mehr) Arbeitsplätze (+) |
| Schlagwörter in Konklusionsfunktion: | |
| Handlungsforderungen | Reformen (+): Flexibilisierung (+), Deregulierung (+), Privatisierung (+), schlanker Staat (+) |

Quelle: eigene Darstellung.

nicht selten auf die Glieder des skizzierten Argumentationsmusters – so im marktliberalen Reform-Diskurs, der ab Mitte der 1990er Jahre das öffentliche Klima in Deutschland weithin dominierte. Mit dem Schlagwort *Globalisierung* als Ausgangspunkt wurde von wirtschaftsnaher Seite kampagnenartig ein Schlagwortnetz etabliert, das neben wenigen neutral verwendeten Begriffen des Datentopos etliche Positiv-Begriffe (+) für die eigene Position und einige Negativ-Begriffe (-) für Abgelehntes enthält (*Tabelle*).¹²

Sofern beim Schaffen dieses Deutungsrahmens diskursstrategische Planung eine Rolle gespielt hat, handelt es sich um eine Kombination dessen, was kommunikationsstrategische Praktiker *framing* und *wording* nennen – womit wir fast beim Thema des nächsten Kapitels wären.

Manipulation? Strategie und Ethik politischer Sprache

„Manipulation durch Sprache“ ist eine populäre Verdächtigung. Allerdings ist *Manipulation* selbst ein Schlagwort. Um seriöse sprachkritische Maßstäbe zu gewinnen, ist es

¹² Belege finden sich reichlich in fast allen großen deutschen Tageszeitungen, politischen Wochenmagazinen und der Wirtschaftspresse, in Texten insbesondere der FDP und der CDU, vor allem aber in Texten der großen Wirtschaftsverbände und wirtschaftsnaher Organisationen wie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

notwendig, die Bedingungen des politischen Gebrauchs der Sprache zu betrachten. Angesichts von Wettbewerb und Konfrontation mit der politischen Konkurrenz, angesichts der Abhängigkeit von der Akzeptanz bei Wählerinnen und Wählern und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und angesichts unberechenbarer Eventualitäten stehen Politiker unter dem Druck einer parteistategischen Kommunikationsmoral. Die lässt sich in folgende Maximen fassen: Stelle die eigene Position positiv dar! Stelle die gegnerische Position als ablehnenswert dar! Demonstriere Leistungsfähigkeit und Durchsetzungskraft! Mache dir durch deine Rede in relevanten Gruppen möglichst viele geneigt, vor allem aber möglichst wenige zu Gegnern! Halte dir Operationsspielräume offen!

Allerdings: Wer sich ausschließlich an diesen Geboten orientiert, erleidet Schiffbruch. Denn auch an politische Kommunikation werden Maßstäbe angelegt, die durch die Maximen einer universal geltenden Kommunikationsethik bestimmt sind:¹³ Rede informativ! Rede wahrhaftig! Rede wohlbegründet! Rede zum Wesentlichen! Rede klar und verständlich!

Ohne die Geltung dieser Prinzipien wäre – nicht nur politische – Kommunikation kaum möglich. Sie sind deren rationale Basis.¹⁴ Politischer Wettbewerb unter der Bedingung demokratischer Öffentlichkeit und Transparenz sichert, dass die Akteure auch im eigenen Interesse kommunikationsethische Mindeststandards einhalten. Lässliche „Sünden“ gegen die Gebote der Kommunikationsethik mögen ignoriert werden. Gravierende aber können Amt und Karriere kosten, wie etliche Rücktritte von Franz Josef Strauß (Spiegel-Affäre 1962) bis Franz Josef Jung (Tanklaster-Bombardement 2009) zeigen.

¹³ Es handelt sich um die seit 1968 in einem Mimeo weltweit kursierenden, erst 1975 offiziell publizierten „Grice’schen Maximen“ in leichter Umformulierung. Vgl. Herbert Paul Grice, *Logic and Conversation*, in: Peter Cole/Jerry L. Morgan (eds.), *Syntax and Semantics*, Vol. 3: *Speech Acts*, New York–San Francisco–London 1975, S. 41–58. Offenbar davon beeinflusst scheint Habermas’ 1971 erstmals veröffentlichtes kommunikationsethisches Konzept. Vgl. Jürgen Habermas, *Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz*, in: ders./Niklas Luhmann (Hrsg.), *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt/M. 1971, S. 101–141.

¹⁴ Vgl. H. P. Grice (Anm. 13), S. 48.

Die Komplexität politischer Sachverhalte lässt den Verantwortlichen häufig genügend Spielraum, zwar nicht zu lügen, aber es bei Teilwahrheiten zu belassen. Es kann über Wesentliches informiert und dennoch einiges Relevante übergangen werden. Man kann sich vage ausdrücken, um die Festlegung auf eine schädliche Lesart zu vermeiden, oder man kann globale Versprechen machen, zum Beispiel „die Steuern zu senken“, um bei unterschiedlichsten Adressatengruppen Hoffnung zu wecken, obwohl man ernsthaft nur an ganz bestimmte denkt.

Zu den kommunikationsethisch zweifelhaften Praktiken gehört das Spiel mit Wissensdefiziten. Ein berühmter Fall ist der CDU-Slogan im Bundestagswahlkampf 1976: „Freiheit statt Sozialismus“. Hier versuchte die Union, fehlende Kenntnisse über die grundlegende Differenz zwischen *demokratischem Sozialismus*, zu dem sich die SPD in ihren Programmen bekennt, und dem leninistischen Kommunismus, der vor allem in der DDR als Sozialismus bezeichnet wurde, zu nutzen, um durch den übereinstimmenden Ausdruck *Sozialismus* Angst vor den Sozialdemokraten als verkappte Kommunisten zu schüren.

Da Politiker wissen, dass Glaubwürdigkeit ein hohes Gut ist, gehört es zum rhetorischen Rüstzeug, kommunikationsethische Verstöße zu kaschieren. So wird bei Problemen mit der Wahrhaftigkeit zum Beispiel gerne Unwissen vorgegeben, mangelnde Fundiertheit etwa durch Anknüpfung an beliebte Stereotype überspielt und werden Verstöße gegen Informativität und Relevanz durch geschicktes Ausweichen verborgen. Im Fernsehen, vor allem in Talkshows, werden Kaschierstrategien begünstigt durch die Flüchtigkeit des gesprochenen Wortes, Ablenkung durch das Bild und TV-rhetorische Anforderungen wie Schlagfertigkeit, Knappheit, Gags, Provokationsresistenz, Ausspielen sympathischer Imagequalitäten, nonverbale Souveränitätssignale und Ähnliches mehr.

Kritische Öffentlichkeit wendet sich nicht nur gegen personell identifizierbare Kommunikationssünden. Auch Wörter, die ihr unethisch erscheinen, sind Gegenstand politischer Sprachkritik, insbesondere Euphemismen, in denen „ethisch-emotionale Neutralität suggeriert (wird), um zugrunde lie-

gende ethisch-emotionale Problemlagen zu verdecken“.¹⁵ So beinhaltet der Begriff *ethnische Säuberung* ein zynisches Ablenkungsmanöver von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, indem die gewaltsame, mit Brandstiftung, Vergewaltigung und Mord ins Werk gesetzte Vertreibung großer Menschengruppen per Metapher in die Vorstellung der Beseitigung von Schmutz (*Säuberung*) transferiert wird.

In den USA ist in den 1980er Jahren eine Bewegung zur Durchsetzung diskriminierungsfreier Sprache zugunsten benachteiligter Gruppen (*political correctness*, kurz: *PC*) entstanden. Die Auswirkungen blieben in Deutschland aus zwei Gründen geringer. Erstens hat Deutschland nicht das US-amerikanische Problem der gesellschaftlichen Diskriminierung der Afroamerikaner. Zweitens gibt es hier seit der frühen Nachkriegszeit, insbesondere im Anschluss an Victor Klemperers „Lingua Tertii Imperii“ (1947) und „Das Wörterbuch des Unmenschen“ von Dolf Sternberger, Wilhelm E. Süskind und Gerhard Storz (1957) eine sprachkritische Tradition gegenüber NS-infiziertem Sprachgebrauch und daher auch – quer über die im Bundestag vertretenen Parteien – eine große Scheu, des rassistischen Sprachgebrauchs beschuldigt zu werden.

Als PC-Aktivistinnen in den späten 1980er Jahren begannen, das bis dahin viel gebrauchte Wort *Asylant* wegen seiner angeblichen Nähe zu abschätzigen Wörtern wie *Bummelant* und *Querulant* als rassistische Neubildung zu kritisieren, war es nach kurzer Zeit im Deutschen Bundestag nicht mehr zu hören und wurde durch *Asylbewerber* und *Asylsuchende* ersetzt,¹⁶ obwohl das Wort seit mehr als hundert Jahren nachweisbar ist und sowohl historisch als auch funktional wenig mit *Bummelant* und *Querulant*, aber viel mit den eher positiven Begriffen *Migrant* und *Emigrant* gemeinsam hatte. Erst durch die Kampagne ist *Asylant* im Nachhinein zum „Unwort“ geworden. Mehr der linguistisch informierten Frauenbewegung als PC-Akteu-

ren ist die Zurückdrängung des Frauen benachteiligenden „generischen Maskulinums“ zu verdanken, so dass Frau Merkel sich heute nicht mehr *Bundeskanzler* nennen muss, sondern *Bundeskanzlerin* ist.

Bezeichnungs- und Bedeutungskonkurrenz

Trotz universeller Geltung der kommunikationsethischen Maximen fehlt im Bereich der Politik ein verbindlicher Maßstab für ihre Erfüllung. Denn vielfach ist strittig, was wahr, richtig, wohlbegründet, informativ und relevant ist. Der demokratische Wettbewerb um Macht besteht im Kampf um die Durchsetzung des eigenen Deutungsrahmens, der eigenen Handlungskonzepte und daher der eigenen Begriffe in den Köpfen der Adressaten. Die wichtigsten Spielarten sind der Kampf um die „richtige“ Bezeichnung politischer Sachverhalte (Bezeichnungs-konkurrenz) und der Kampf um die „richtige“ Bedeutung politischer Begriffe (Bedeutungskonkurrenz).

Bei der Bezeichnungs-konkurrenz geht es darum, einem Sachverhalt durch die gewählte Bezeichnung die eigene Deutung aufzuprägen und diese gegen konkurrierende Bezeichnungen zu behaupten oder durchzusetzen. So werden Selbstmordattentäter in weiten Teilen der Welt mit dem stigmatisierenden Wort *Terroristen* bezeichnet, von militanten Islamisten dagegen mit deren Ehrentitel *Märtyrer*.

Ein weiteres Beispiel für Bezeichnungs-konkurrenz bietet die Auseinandersetzung um die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland. Gesundheitsminister Philipp Rösler und die FDP nennen ihr Konzept *Gesundheitspauschale* und hoffen, dass der Begriff *Gesundheit* positive Vorstellungen hervorruft, während die Gegner von *Kopfpauschale* sprechen und dabei auf die assoziative Nähe zu Negativbegriffen wie *Kopfgeld*, *Kopfsteuer*, *Kopffjäger* und Ähnliches setzen.

Bedeutungskonkurrenz liegt vor, wenn unterschiedliche Gruppierungen denselben Ausdruck in unterschiedlichen Bedeutungen verwenden. Während *Freiheit* in der Programmtradition der SPD primär die Möglichkeit bedeutet, selbstbestimmt zu leben und nicht bedrückt zu sein von entwürdigenden

¹⁵ Melani Schröter/Björn Carius, Vom politischen Gebrauch der Sprache. Wort, Text, Diskurs, Frankfurt/M. 2009, S. 41.

¹⁶ Vgl. Josef Klein, Bewertendes Reden über Migranten im Deutschen Bundestag, in: Matthias Jung/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), Die Sprache des Migrationsdiskurses, Opladen 1997, S. 241 – 260.

Abhängigkeiten, von Not und Furcht – wofür nach Ansicht der SPD vor allem der Staat zu sorgen hat¹⁷ –, steht im Zentrum des liberalen Freiheitsbegriffs der FDP ein starker Impetus gegen staatliche Begrenzungen des Handelns der Bürger und darum die Forderung nach „weniger Staat“.¹⁸ Kontrahenten pflegen die gegnerische Bedeutung negativ zu interpretieren. So unterstellen Sozialdemokraten der FDP gerne, dass diese mit Freiheit „in Wahrheit“ Wettbewerbsfreiheit und unternehmerische Freiheit auf Kosten der Arbeitnehmer, der Umwelt etc. meine, während die FDP der SPD zu unterstellen pflegt, es mit der Freiheit „in Wahrheit“ nicht sehr ernst zu meinen, weil sie diese von einer sozialen Gerechtigkeit abhängig mache, die durch den Begriff der Gleichheit definiert werde, was mit Freiheit unvereinbar sei.

Sprache der Machtunterworfenen: Protest und Partizipation

Protestsprache ist vor allem dann eine Machtressource, wenn sie in Demonstrationen und Großkundgebungen kollektiv artikuliert wird. Ihre Medien sind Transparente, Sprechchöre und Lautsprecher. Dazu kommt, wenn möglich, Berichterstattung in den Massenmedien. Der persuasive Sprachmodus des Protests hat eine spezifische Ausprägung: kritisierend und nachdrücklich fordernd. Protest ist der Ort des kraftvollen, gegebenenfalls provokativen Kurzsatzes, der im Gedächtnis haften bleibt: als Parole auf Transparenten und Buttons („Atomkraft? Nein danke“), als Sprechchor („Wir sind das Volk!“) oder als Kernsatz des Hauptredners („I have a dream“).

Die Sprache des Protestes pflegt den Kontrast zur Sprache der politischen Institutionen. Stets findet man die Sprache der Lebenswelt der Protestierer. Sprachroutinen der „politischen Klasse“ werden gern in witzig-sarkastischen Sprachspielen aufgespießt. Demonstrationen, Kundgebungen, Besetzungen, Blockaden, Lichterketten etc. sind vielfach Teil von Kampagnen, in denen die zentralen Parolen als verknüpfende Slogans und Erkennungsmarken fungieren. Flankierende Textsorten sind Leserbriefe und Testimonial-An-

zeigen in der Presse, neuerdings Weblogs: In Italien hat eine Gemeinschaft von Bloggern im Dezember 2009 mehrere hunderttausend Menschen in Rom zur Demonstration gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi zusammengebracht.

Wahlen und Volksentscheide sind Formen institutioneller Partizipation. Wenn Volksabstimmungen aus der Zivilgesellschaft heraus initiiert werden, haben die Machtunterworfenen „selbst das Wort“. Solche Kampagnen gleichen in Vielem den Wahlkampagnen von Politikern. Wo direktdemokratische Verfahren noch nicht selbstverständlich sind, weisen Texte der Initiatoren gern Stilelemente des vorpartizipatorischen Protests oder des demokratietheoretischen Diskurses auf. So lautete der Slogan der Initiative gegen die Schließung des Berliner Flughafens Tempelhof 2008: „Alle Macht geht vom Volke aus“. Zu den institutionellen Partizipationsmöglichkeiten zählt die Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungsmaßnahmen. Dort überwiegt unverblühte Alltagssprache und Emotionsrhetorik.

In funktionierenden Demokratien muss zivilgesellschaftlicher Protest die Chance haben, sich politisch durchzusetzen, gegebenenfalls als eine Art informelle Partizipation. Am spektakulärsten war in Deutschland der Weg des *Umweltdiskurses* von der zivilgesellschaftlichen Protestbewegung über die Gründung und Etablierung der Partei Die Grünen bis zur Integration des Themas in die Politik aller Parteien und zur vielfältigen Manifestation in Gesetzgebung und allgemeinem Bewusstsein. Im deutschen Wortschatz hat sich das breit durchgesetzt: Zum einen fachsprachlich in umweltwissenschaftlichen, umwelttechnischen und umweltrechtlichen Fachterminologien, zum anderen politiksprachlich in Streitvokabeln um AKWs und CO₂-*Schleudern* und schließlich alltagssprachlich in einem ausgedehntem Vokabular von *Müll trennen* bis *Klimakatastrophe* und zahllosen Fügungen, die mit *bio-*, *öko-* oder *umwelt-* beginnen.

¹⁷ Vgl. SPD, Hamburger Programm, Berlin 2007.

¹⁸ Vgl. FDP, Wiesbadener Grundsätze, Berlin 1997.

Frank Brunssen

„Jedem das Seine“ – zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes

Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte nicht nur den politischen und moralischen Zusammenbruch Deutschlands,

Frank Brunssen

Dr. phil., geb. 1957; Dozent für German Studies an der University of Liverpool, School of Cultures, Languages and Area Studies, Cypress Building, Chatham Street, Liverpool L69 7ZR, Großbritannien.
brunssen@liv.ac.uk

sondern warf auch die Frage auf, wie mit einer Sprache umzugehen sei, die jahrelang von einer imperialistischen und rassistischen Ideologie geprägt worden war. Zwar wurde nach der NS-Herrschaft durch alliierte Direktiven eine Erneuerung der

Sprache in Verwaltung und Medien durchgesetzt, doch in der deutschen Alltagssprache konnte von einer Wiederherstellung lexikalischer Zivilität lange Zeit keine Rede sein. Vielmehr schien das sprachliche Erbe des Dritten Reichs, wie Victor Klemperer 1947 bemerkte, „in manchen charakteristischen Ausdrücken überleben zu sollen; sie haben sich so tief eingefressen, dass sie ein dauernder Besitz der deutschen Sprache zu werden scheinen“.¹

Erst seit den 1960er Jahren ist der Frage nach dem öffentlichen Umgang mit sprachlichen Ausdrücken, die seit ihrer Instrumentalisierung im „Dritten Reich“ als „belastet“ gelten, in der Bundesrepublik breitere Aufmerksamkeit zuteil geworden. Die zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das, was die Linguistik als „Weiterverwendungsproblematik“² bezeichnet, lässt sich seit 1991 unter anderem an der Wahl von „Unwörtern des Jahres“ ablesen, unter denen immer wieder nazistisch konnotierte Ausdrücke auffallen – zum Beispiel „durchrasste Gesellschaft“ (1991), „Selektionsrest“ (1993) oder „entartet“ (2007).³ Auch die ungewöhnliche Resonanz,

die Thorsten Eitz' und Georg Stötzels „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung“ entgegengebracht wurde, signalisiert die aktuelle Relevanz der Problematik.

Insbesondere in den Medien haben sich in dieser Hinsicht eine Reihe Aufsehen erregender Fälle ereignet – etwa jener der Moderatorin Juliane Ziegler, die am 30. Januar 2008 in der Pro7-Quizshow „Nightloft“ meinte, einen arbeitsmüden Anrufer mit den Worten „Arbeit macht frei“ aufmuntern zu müssen. Ihre Äußerung, mit der Ziegler jene zynische Redewendung zitierte, die über oder an den Eingangstoren der Konzentrationslager Auschwitz I, Groß Rosen, Sachsenhausen, Dachau, Theresienstadt und Flossenbürg angebracht war, wertete der Sender als einen „unentschuldbaren Aussetzer“ und kündigte der Moderatorin fristlos.⁴ Bereits im Oktober 2007 hatte es in der ZDF-Talkshow „Johannes B. Kerner“ einen Eklat gegeben, als der ehemaligen ARD-Nachrichtensprecherin Eva Herman nationalsozialistischer Sprachgebrauch vorgeworfen und sie deshalb schließlich aus der Talkrunde ausgeschlossen wurde.⁵ Ihr Rauschmiss führte kurz darauf in der ARD-Fernsehshow „Schmidt & Pocher“ zur Aufstellung eines „Nazometers“, dessen Witz darin bestand, den Gebrauch belasteter Ausdrücke durch einen Signalton anzuzeigen.

Im Mittelpunkt dieses Artikels steht der Umgang mit einer Formulierung, deren Verwendung seit den späten 1990er Jahren für Aufsehen gesorgt hat. Es geht um die Redewendung „Jedem das Seine“, die maßgeblichen Wörterbüchern zufolge soviel bedeutet wie „ein Mensch bekommt den Lohn, der ihm gebührt“⁶ oder „jeder soll das haben,

¹ Victor Klemperer, LTI (Lingua Tertii Imperii). Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1991¹¹, S. 20.

² Thorsten Eitz/Georg Stötzel, Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Hildesheim 2007, S. 5.

³ Siehe www.unwortdesjahres.org (22. 1. 2010).

⁴ Vgl. www.rp-online.de/public/article/panorama/deutschland/527721/ (22. 1. 2010).

⁵ Herman nahm in der Talkshow ihre Behauptung nicht zurück, eine „gleichgeschaltete Presse“ habe einseitig über ihre Entlassung aus dem NDR berichtet, zu der es im Vormonat aufgrund ihrer Äußerungen zur NS-Familienpolitik gekommen war. Ausschnitte aus der Sendung online: www.youtube.com/watch?v=VNodJK6WsIA (22. 1. 2010).

⁶ Brockhaus/Wahrig, Deutsches Wörterbuch, Band 3, Wiesbaden 1981, S. 816.

was ihm zukommt“.¹⁷ Zu kontroversen Reaktionen hat die Weiterverwendung in diesem Fall geführt, weil die Sentenz während des „Dritten Reichs“ als Inschrift in das Eingangstor des Konzentrationslagers Buchenwald eingeschmiedet war und deshalb als zutiefst belastet gelten muss. Die Nationalsozialisten internierten in der auf dem Ettersberg bei Weimar gelegenen Anlage zwischen Juli 1937 und April 1945 rund 250 000 Häftlinge – darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche – aus über 30 Ländern, vor allem politische Gefangene, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle sowie sowjetische Soldaten. Über 56 000 Menschen wurden in Buchenwald ermordet oder starben an den Folgen der Haftbedingungen. Ungeachtet dieser Verwendungsgeschichte begann die Werbebranche in den 1990er Jahren damit, „Jedem das Seine“ als Reklameslogan für unterschiedliche Produkte einzusetzen. Ab 1998 bedienten sich unter anderem Nokia, Rewe, Microsoft, Burger King, die Deutsche Telekom und die Münchner Merkur-Bank der Sentenz. Im Januar 2009 sorgte die gemeinsame Kampagne von Esso und Tchibo, die an rund 700 Tankstellen mit dem Werbespruch „Jedem den Seinen“ die Sortenvielfalt des Kaffeeherstellers anpriesen, für Meldungen in den Medien.

In der Forschung ist seit den späten 1990er Jahren einerseits über die problematische Geschichte des Ausdrucks aufgeklärt¹⁸ und größere Sensibilität bei der Verwendung des „inzwischen missbrauchten Schlagworts“¹⁹ angemahnt worden, andererseits aber auch vehement gegen eine Vermeidung oder Tabuisierung der Sentenz argumentiert worden.¹⁰ Im Unterschied etwa zur Auseinandersetzung mit „Arbeit macht frei“ fällt dabei auf, wie

¹⁷ Duden Redewendungen und sprichwörtliche Redensarten. Wörterbuch der deutschen Idiomatik, Band 11, Mannheim u. a. 1992, S. 657.

¹⁸ Vgl. Matthias Heyl, Kurzdokumentation zur Formel „Jedem das Seine“, hrsg. von der Forschungs- und Arbeitsstelle Erziehung nach/über Auschwitz, 1998, S. 5, online: www.fasena.de/download/dienstleistung/Jedem%20das%20%20Seine.pdf (22. 1. 2010).

¹⁹ Hermann Klenner, Jedem das Seine, in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Band 2, Leipzig 2002, S. 332.

¹⁰ Vgl. Dietmar von der Pfordten, Geschichte der Rechts- und Sozialphilosophie, 2. Vorlesung: Aristoteles (Sommersemester 2009), S. 15, online: www.rechtsphilosophie.uni-goettingen.de/Vorlesung2SS09.pdf (22. 1. 2010).

wenig Aufmerksamkeit der Buchenwalder Torinschrift bis dato entgegengebracht worden ist. Weder in dem wohl bedeutendsten Nachschlagewerk zur NS-Lexik, in Cornelia Schmitz-Bernings „Vokabular des Nationalsozialismus“,¹¹ noch in der zweifellos wichtigsten Publikation zur Frage der Weiterverwendung, dem bereits erwähnten „Wörterbuch der Vergangenheitsbewältigung“,¹² hat die Wendung bislang Beachtung gefunden.

Gebrauch von „Jedem das Seine“ bis 1945

Anfang 1938 erteilte der Kommandant des Konzentrationslagers Buchenwald, Karl Otto Koch, den Befehl, den Schriftzug „Jedem das Seine“ in das eiserne Haupttor der Anlage einzuschmieden. Mit dem typografischen Entwurf der Inschrift wurde der Architekt und Grafiker Franz Ehrlich beauftragt, der 1934 wegen kommunistischer Aktivitäten verhaftet worden war und 1937 nach Buchenwald kam. Ehrlich war Ende der 1920er Jahre Bauhaus-Schüler gewesen und gestaltete den Schriftzug in Anlehnung an seinen Lehrer Joost Schmidt, weshalb später mit Blick auf die Buchstaben von einer „subtilen Intervention gegen den Geist der Inschrift“¹³ gesprochen worden ist. Anders als die am Eingang von Auschwitz und anderen KZs angebrachte Sentenz „Arbeit macht frei“ wurde die Buchenwalder Inschrift dergestalt in das Tor eingesetzt, dass sie von innen lesbar war. Auf diese Weise hatten die Häftlinge beim Lagerappell tagtäglich jenes Tor vor Augen, „auf dem wir tausendmal die zynischen Worte ‚Jedem das Seine‘ lesen mussten“.¹⁴

Historisch geht die Inschrift auf eine klassische Gerechtigkeitsformel zurück, deren Ursprünge sich bis in die Antike verfolgen lassen. Während der Bedeutungsakzent von „Jedem das Seine“ in Platons Hauptwerk „Der Staat“ (ca. 370 v. Chr.) und in Ciceros „Von den Pflichten“ (44 v. Chr.) primär auf

¹¹ Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2007.

¹² T. Eitz/G. Stötzel (Anm. 2).

¹³ Aus der Vorankündigung der Ausstellung: Franz Ehrlich. Ein Bauhäusler in Widerstand und Konzentrationslager, 2. 8.–11. 10. 2009, Neues Museum Weimar, online: www.buchenwald.de/index.php?p=80 (22. 1. 2010).

¹⁴ Herbert Sandberg, Erinnerst Du Dich noch? Zum 65. Geburtstag von Bruno Apitz, in: Neues Deutschland (ND) vom 28. 4. 1965, S. 9.

den Pflichten des Bürgers gegenüber dem staatlichen Gemeinwesen lag, wurden 533 n. Chr. im „wohl wirkungsmächtigsten Rechtstext des Abendlandes“,¹⁵ in den vom oströmischen Kaiser Justinian I. verfassten „Institutionen“, die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat hervorgehoben.¹⁶ Im deutschen Kontext erlangte dieser klassische Rechtsgrundsatz zu Beginn des 18. Jahrhunderts besondere Bedeutung als „Wahlspruch“ Preußens, wo er in seiner lateinischen Form *suum cuique* im Hohen Orden vom Schwarzen Adler zur Geltung kam. Der „Endzweck Unseres Reiches und Ordens“, ließ Friedrich I. im Januar 1701 in den Ordensstatuten verlauten, ist es, „Recht und Gerechtigkeit zu üben, und jedwedem das Seine zu geben“. Zu diesem Zweck habe man im Orden über den Kopf des Adlers „Unsern gewöhnlichen Wahlspruch: *Suum Cuique* zur Ueberschrift verordnet“.¹⁷

In der Folge war die Sentenz in lateinischer oder deutscher Sprache auch in künstlerischen und wissenschaftlichen Texten präsent. Etwa 1715 im Titel der Bach-Kantate „Nur jedem das Seine“, oder in Kants „Metaphysik der Sitten“ von 1785, worin jeder Person die „Rechtspflicht“ auferlegt wird, sich nur in einer solchen Gesellschaft zu bewegen, „in welcher jedem das Seine erhalten werden kann (*suum cuique tribue*)“.¹⁸ damit keiner Person ein Unrecht angetan werde. Goethe assoziiert den Ausdruck 1797 in „Hermann und Dorothea“ mit dem Zuegwinnt an Gerechtigkeit durch die Französische Revolution, und im 19. Jahrhundert verwenden Hegel und Nietzsche die Sentenz in philosophischen Texten im Horizont der klassischen Gerechtigkeitsformel. Karl Marx benutzt in den 1840er Jahren Briefpapier, in welches das Wasserzeichen „Jedem das Seine“ eingelassen ist,¹⁹ und Eduard Mörike greift 1861 im Titel eines Gedichts auf die

Formulierung zurück, das die leidvollen Gesetzmäßigkeiten der Liebe beschreibt. Das „Deutsche Sprichwörter-Lexikon“ von 1880 verzeichnet den Ausdruck als Teil eines Lehrspruchs, der auf die klassische Gerechtigkeitsformel anspielt: „Behaupte das Deine, gib jedem das Seine, doch Unrecht verneine.“²⁰

Einen eklatanten Bruch mit dieser Bedeutungstradition markierte ab 1938 die Installierung der Inschrift im Haupttor von Buchenwald, in deren Folge „Jedem das Seine“ zu einer Todesformel, zu einem „Synonym für Massenmord“²¹ mutierte. Dabei lag der Zynismus für die Häftlinge darin, dass ihnen mit diesem „Rechtspruch“ tagtäglich auf dem Appellplatz vor Augen geführt wurde, „dass sie ‚rechtmäßig‘ aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, dass sie diese Behandlung verdient haben, dass sie keinen Anspruch auf menschenwürdiges Leben haben“.²² Stefan Olivier hat diese Pervertierung der Gerechtigkeitsformel 1961 in seinem Roman „Jedem das Seine“ geschildert: „Boysen las den Spruch, er kannte ihn aus der Schule, in der Quinta hatte er ihn auf Lateinisch gelernt – *suum cuique* – und in der Tertia hatte er gelernt, dass es der Wahlspruch der Preußenkönige gewesen sei, und deshalb hatte er Ehrfurcht davor empfunden. Jedem das Seine, jedem das, was ihm zusteht. Aber was für einen Sinn sollte der Spruch der Preußenkönige hier haben? Stand ihm dies zu? Stand dem alten Juden das zu, was ihm eben geschehen war, der Tod durch einen geschnitzten Holzknüppel?“²³

In Karl Schnogs Lyrikband „Jedem das Seine“ (1947) findet sich ein 1943 in Buchenwald verfasstes Gedicht, worin einerseits das mit der Torinschrift assoziierte Quälen und Morden beschrieben, in der Schlusstrophe aber auch eine Zukunft antizipiert wird, in der sich die Wendung gegen die Urheber ihrer Pervertierung richtet:

¹⁵ D. von der Pfordten (Anm. 10), S. 14.

¹⁶ Vgl. Justinian I., Institutionen, in: Okko Behrends u. a., *Corpus Iuris Civilis*, Heidelberg 1995, S. 1 f.

¹⁷ Statuten des königl. Preuss. Ordens vom schwarzen Adler. Vom 18. Januar 1701, in: Leopold von Zedlitz-Neukirch (Hrsg.), *Neues preussisches Adels-Lexicon*, Leipzig 1836, S. 73.

¹⁸ Immanuel Kant, *Metaphysik der Sitten*, in: ders., *Werke in zwölf Bänden*, Band 8, Frankfurt/M. 1977, S. 344.

¹⁹ Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, *Briefwechsel bis 1846*, Berlin 1975, S. 577.

²⁰ Karl Friedrich Wilhelm Wander (Hrsg.), *Deutsches Sprichwörter-Lexikon*, Band 5, Leipzig 1880, Spalte 295.

²¹ Nazi-Parolen, in: *Stern* vom 20. 8. 1998, S. 17.

²² Ursula Härtl in einem Brief vom 3. 7. 1998 an Henryk M. Broder, in: Henryk M. Broder, *Jedem das Seine*, Augsburg 1999, S. 174.

²³ Stefan Olivier (d. i. Reinhard Stalmann), *Jedem das Seine*, Hamburg 1961, S. 77.

Die Herren haben wirklich Humor
 In diesen bitteren Zeiten:
 „JEDEM DAS SEINE“ steht höhnisch am Tor;
 Durch das die Häftlinge schreiten.
 So leuchtet, erhaben und arrogant,
 Was sie an das Höllentor schmieden.
 Uns ist auch ohne das Sprüchlein bekannt,
 Was jedem im Lager beschieden:
 Dem Häftling – das Stehen in Sonne und Sturm,
 Erfrieren und klatschende Güsse.
 Dazu vom todesdrohenden Turm
 Das ernste Versprechen der Schüsse.
 Den Henkern – die Ehre, der schmackhafte Schmaus,
 Das Gleiten auf federnden Felgen;
 Die Ruhe und das behagliche Haus,
 Die Wollust, die Macht und das Schwelgen.
 Dem Häftling – der Hunger, die Angst und die Last,
 Die Marter, die viehischen Witze;
 Das Essen, das Baden, das Schlafen in Hast
 Und schließlich die mordende Spritze.
 Ihr Herren, die ihr heute noch grient,
 Glaubt mir, was ich schwörend beteure:
 Einst holt sich der Häftling, was er verdient.
 Und Ihr? Ihr bekommt dann das Eure!²⁴

Von den Betroffenen wurde die Sentenz also als Fingerzeig auf ihre geplante Vernichtung begriffen, wie der Buchenwald-Überlebende Herbert Sandberg, der die Illustrationen zu Schnogs Lyrikband beisteuerte, ebenfalls unterstrichen hat: „Uns den Tod, ihnen den Sieg, so verstanden die barbarischen Schöpfer die schmiedeiserne Schrift.“²⁵

Weiterverwendung von „Jedem das Seine“ seit 1945

Nach der Befreiung am 11. April 1945 verblieb der Schriftzug im Haupttor von Buchenwald. Auch die US-Armee, die in den folgenden Monaten die Verwaltung übernahm, sowie die sowjetische Militäradministration, die im August 1945 an gleicher Stelle das „Speziallager 2“ einrichtete, ließen die Inschrift an Ort und Stelle. Unter sowjetischer Leitung wurden bis Anfang 1950 nationalsozialistisch belastete, aber auch willkürlich verhaftete Personen in der Anlage interniert – weit über 28 000 Menschen, von denen mehr als 7000 die Haftzeit nicht überlebten. Von Belang mit Blick auf die Weiterverwendung von „Jedem das Seine“ ist,

²⁴ Karl Schnog, Jedem das Seine. Satirische Gedichte, Berlin 1947, S. 54.

²⁵ H. Sandberg (Anm. 14).

dass sich in beiden deutschen Staaten weder in der Besatzungszeit noch in deren Anfangsjahren ein öffentliches Bewusstsein für die Bedeutung im Zusammenhang mit dem Buchenwalder Terror entwickelte. Stattdessen wurde die Formulierung vorwiegend in einem ahistorisch profanen Sinn benutzt. Im Westen übersetzte „Der Spiegel“ 1947 den Hollywoodfilm „To Each His Own“, der unter dem Titel „Mutterherz“ in die deutschen Kinos kam, mit „Jedem das Seine“.²⁶ In einem ostdeutschen Bericht von 1949 über eine Lesung von Karl Schnog wird mit keinem Wort erwähnt, dass der Titel seines Lyrikbandes ein Zitat der Buchenwalder Torinschrift darstellt.²⁷ Weiterverwendet wird der Ausdruck ebenfalls im Bedeutungshorizont jener Gerechtigkeitsformel, so dass die lateinische Form in beiden deutschen Staaten als Inschrift an den Decken von Gerichtssälen verbleibt.²⁸ Als 1955 die Bundeswehr gegründet wird, adaptieren die Feldjäger in Anknüpfung an die Reitenden Feldjäger der Preußischen Armee ein Abzeichen mit der Inschrift *suum cuique*.

Die Gründe für das mangelnde Bewusstsein vom Zusammenhang mit dem SS-Terror sind in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen der Nachkriegszeit zu suchen. Zum einen blieb die Kenntnis von der Buchenwalder Todesformel zunächst primär auf die Überlebenden und auf jene rund 1000 Weimarer Bürgerinnen und Bürger beschränkt, die nach der Befreiung durch die Anlage geführt wurden. Hanuš Burgers Film „Die Todesmühlen“, der die Konfrontation der Weimarer Bevölkerung mit den Großverbrechen in ihrer Nachbarschaft dokumentiert und Anfang 1946 eine Woche lang alternativlos in allen Kinos der US-Zone gezeigt wurde, zeigt zwar mehrfach die in Auschwitz und anderen KZs benutzte Torinschrift „Arbeit macht frei“, setzt aber die Buchenwalder Sentenz nicht ins Bild. Hinzu kam, dass die Anlage auf dem Ettersberg der Öffentlichkeit jahrelang nicht zugänglich war, weil die Sowjets dort ihr Speziallager betrieben.

Wer sich schon damals ein Bild von der Instrumentalisierung der deutschen Sprache

²⁶ Vgl. 25 Oscars wurden verteilt. Hollywood ehrt seine Primusse, in: Der Spiegel vom 22. 3. 1947, S. 20.

²⁷ Vgl. Oberhof, in: ND vom 30. 11. 1949, S. 3.

²⁸ Vgl. hierzu zum Beispiel: Hohe Zuchthausstrafen für B-Mark-Fälscher (sic!), in: ND vom 3. 8. 1949, S. 5.

unter der NS-Diktatur verschaffen wollte, hatte allerdings durchaus Gelegenheit dazu. Bereits nach Kriegsende setzte zumindest auf akademischer Ebene eine Weiterverwendungsdiskussion ein. Im Westen stand dabei eine Folge von Artikeln im Mittelpunkt, die Dolf Sternberger, Gerhard Storz und Wilhelm E. Süskind in der „Wandlung“ publizierten, und die 1957 gesammelt unter dem Titel „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ erschienen. Im Osten kam 1947 der Band „LTI (Lingua Tertii Imperii)“ heraus, worin der Holocaust-Überlebende Victor Klemperer als erster den Versuch unternahm, die Hauptmerkmale der NS-Sprache zu umreißen. Dass diese sprachkritischen Reflexionen jahrelang ohne Breitenwirkung blieben, lag sowohl an der vorherrschenden Verdrängungsmentalität als auch am akademischen Zuschnitt der Beiträge.

Erst in den 1960er Jahren, als die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit allmählich auf breiter Ebene Gestalt anzunehmen begann, entwickelte sich in der Bundesrepublik ein öffentliches Bewusstsein für das lexikalische NS-Erbe. In der Linguistik erschienen systematischere Untersuchungen zum Sprachgebrauch im Dritten Reich, etwa Cornelia Bernings ‚Vom ‚Abstammungsnachweis‘ zum ‚Zuchtward‘ – Vokabular des Nationalsozialismus‘ (1964). Sprachkritiker und Linguisten führten eine Debatte über die Spätfolgen des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs, und in der westdeutschen Germanistik wurde der Versuch unternommen, den rhetorischen Konformismus vieler Fachkollegen in der NS-Zeit auszuleuchten. Einen Wendepunkt im Umgang mit der belasteten deutschen Sprache markierte allerdings erst die Revolte von 1968, mit der eine Offensive gegen den „Sprachgebrauch der Herrschenden“ einherging, wie sie zum Beispiel Wolfgang Fritz Haug betrieb, indem er die „Sprachverwandtschaft“²⁹ zwischen der vorherrschenden Wissenschaftssprache und der Sprache der NS-Diktatur aufzeigte. Was die Entwicklung in der DDR betraf, hat Klaus Bochmann hingegen von der „Geschichte eines Defizits“ gesprochen, und zwar insofern, als es dort nach 1961 „keine

²⁹ Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, Frankfurt/M. 1977, S. 7.

nennenswerte originale Arbeit mehr zur Sprache der NS-Zeit“³⁰ gegeben habe.

Trotz dieses Wandels hat sich bis heute kein öffentlicher Konsens über den Umgang mit dem lexikalischen NS-Erbe herausgebildet. Während zum Beispiel die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre Straßenverkehrsämter 1985 anwies, keine Autokennzeichen mehr mit nazistischen Akronymen wie KZ, SS, SA oder HJ in Umlauf zu bringen, nahm jahrzehntlang niemand am unreflektierten Gebrauch von „Jedem das Seine“ Anstoß. So gab die Wendung etwa 1962 den Titel für die deutsche Übersetzung von Louis Bromfields Unterhaltungsroman „McLeod's Folly (You Get What You Give)“ ab, und seit den 1970er Jahren wurde an bundesdeutschen Bühnen die Komödie „Jedem das Seine“ gespielt, bei deren Titel es sich um eine Übersetzung von Peter Yeldhams und Donald Churchills „Fringe Benefits“ handelt.

Gleichwohl entwickelte sich parallel zum unkritischen Gebrauch ab 1958 ein Bewusstsein für die Buchenwalder Pervertierung. Hierbei spielte die Eröffnung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte am 14. September 1958 offenbar eine wichtige Rolle, weil sie den Ort des Terrors stärker ins nationale und internationale Blickfeld rückte. Von nun an wurde in ostdeutschen Medien kursorisch auf die Todesformel hingewiesen; etwa 1979 aus Anlass einer Gedenkfeier für den 1944 in Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann³¹ oder 1981 mit Blick auf eine Ausstellung des belorussischen Malers Michail A. Sawizki, dessen Selbstporträt „Nr. 32815“ – seine Häftlingsnummer – den Maler vor der Torinschrift zeigt.³² Auch in der Bundesrepublik war fortan öffentlich von der zynischen Inschrift die Rede – nicht zuletzt in der Literatur, etwa 1978 in Margarete Hannsmanns „Aufzeichnungen über Buchenwald“, worin die Lyrikerin schreibt:

³⁰ Klaus Bochmann, *Die Kritik an der Sprache des Nationalsozialismus. Eine kritische Bestandsaufnahme der in der DDR erschienenen Publikationen*, in: Werner Bohleber/Jörg Drews (Hrsg.), *„Gift, das du unbewusst eintrinkst . . .“*. Der Nationalsozialismus und die deutsche Sprache, Bielefeld 1991, S. 86 u. 93.

³¹ Vgl. In der DDR lebt das Erbe der antifaschistischen Kämpfer, in: ND vom 20. 8. 1979, S. 2.

³² Vgl. Traugott Stephanowitz, *Bewegende Ehrung der Opfer des Faschismus*, in: ND vom 27. 6. 1981, S. 13.

„LAGERTOR / jetzt also muss ich den eisernen Buchstaben fest entgegensehen / JEDEM DAS SEINE“.¹³³

Ein historisch kritischer Umgang begann sich allerdings erst in den späten 1990er Jahren abzuzeichnen, wobei der Auseinandersetzung um Trutz Hardo 1996 erschienenen Roman „Jedem das Seine“ eine gewisse Rolle zukommt. Hardo rechtfertigt darin den Holocaust, indem er ihn als Vollstreckung des „Karmagesetzes“ interpretiert; im KZ Buchenwald, schreibt der Autor, werde jedem „in konzentrierter Weise das ihm aus karmischer Gesetzmäßigkeit zustehende Schicksal zugewiesen, um seine Verschuldung abzuarbeiten und dadurch frei zu werden.“¹³⁴ Angesichts derartiger Textstellen verurteilte das Amtsgericht Neuwied Hardo am 4. Mai 1998 wegen „Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“¹³⁵ zu einer Geldstrafe und untersagte die Weiterverbreitung des Buches. Zwar verursachte das auch in zweiter Instanz bestätigte Urteil kein besonderes Aufsehen, setzte aber insofern ein Zeichen, als es offiziell klarstellte, dass die Legitimierung der Buchenwalder Bedeutung von „Jedem das Seine“ in der Bundesrepublik gegen geltendes Recht verstößt.

Den entscheidenden Impuls zugunsten eines historisch kritischen Gebrauchs gaben jedoch die öffentlichen Proteste gegen die Verwendung als Reklamespruch. Im Juni 1998 sah sich Nokia aufgefordert, eine Kampagne für Handy-Gehäuse einzustellen, nachdem Wendy Kloke vom Berliner Büro des American Jewish Committee und Die Grünen dagegen interveniert hatten. Henryk M. Broder nahm die Nokia-Werbung in seinem Sachbuch „Jedem das Seine“ (1999) zum Anlass, in 37 ironisch-provokativen Skizzen die Absurditäten im Umgang der Deutschen mit den Juden zu beschreiben. Es folgte der Abbruch einer Grillzubehör-Aktion von Rewe, einer Software-Kampagne von Microsoft sowie 1999 einer Handzettel-Aktion von Burger King. 2001 verhinderten Mitarbeiter

¹³³ Margarete Hannsmann, Aufzeichnungen über Buchenwald, Frankfurt/M. 1978, S. 21.

¹³⁴ Trutz Hardo (d. i. Trutz Hardo Hockemeyer), Jedem das Seine. Ein Siebenfarbenroman, Neuwied 1996, S. 200.

¹³⁵ Urteilsbegründung des Amtsgerichts Neuwied vom 4. 5. 1998, Aktenzeichen 2101 Js 54963/96 – 12 Ls.

der Münchner Merkur-Bank in Weimar und Jena eine Kampagne für Kontoführungsmodelle, nachdem sie bemerkt hatten, dass der dafür verwendete Slogan mit der Buchenwalder Torinschrift in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft identisch ist. Nach einer kritischen Anfrage der „Frankfurter Rundschau“ beendeten Esso und Tchibo Anfang 2009 ihre Kaffee-Kampagne vorzeitig.

Fazit

Trotz juristischer, journalistischer und akademischer Bemühungen um eine kritische Nutzung von „Jedem das Seine“ hat sich bis heute kein öffentlicher Konsens über den Umgang mit der belasteten Wendung etabliert. In der Diskussion über den weiteren Gebrauch stehen sich vielmehr zwei Positionen gegenüber. Für die Gegner ist die Instrumentalisierung als Todesformel das Maß der Dinge, dem sie auch die Jahrtausende alte Bedeutungsgeschichte unterordnen: „das Motto ist verdorben dadurch, dass es das KZ Buchenwald assoziiert.“¹³⁶ Es sei daher „unmöglich“, so Salomon Korn, den Ausdruck zu benutzen, „solange es noch einen einzigen Menschen gebe, der bei der Redewendung an Buchenwald denke“.¹³⁷

Befürworter der Weiterverwendung sehen es genau andersherum und ordnen den Missbrauch der zeitübergreifenden Bedeutung unter: „Wer eine Gerechtigkeitsformel, die fast 2500 Jahre alt ist, schon durch die kurzzeitige Pervertierung durch ein Terrorregime als nicht mehr zitierfähig ansieht“, argumentiert Dietmar von der Pfordten, „gestattet dessen geistigem Zerstörungswerk fortzuwirken, anstatt offensiv und aufklärend gegen diese Pervertierung vorzugehen.“¹³⁸

Für sich genommen wird allerdings keine der beiden Positionen der Sachlage gerecht. Das liegt zum einen daran, dass der Ausdruck sich nicht einfach disqualifizieren lässt, indem man ihn dem rassistischen Radikalwortschatz des „Dritten Reichs“ – das heißt Ausdrücken

¹³⁶ Kurt Scheel, o. T., in: Die Zeit vom 15. 2. 2001, online: www.zeit.de/2001/08/46559 (22. 1. 2010).

¹³⁷ Salomon Korn, zit. nach: Andreas Zitzmann, Et tu, Tchibo, in: Frankfurter Rundschau vom 13. 1. 2009, online: www.fr-online.de/top_news/?em_cnt=1658833 (22. 1. 2010).

¹³⁸ D. von der Pfordten (Anm. 10), S. 15.

wie „Ariernachweis“ oder „Untermensch“ – zuordnet. Es liegt zum anderen daran, dass die Sentenz auch nicht jener Kategorie von Ausdrücken angehört, die in den Jahrzehnten nach 1945 eine Art Rehabilitierung erfahren haben – wie etwa „betreuen“, das im Umfeld des Konzentrationslagers Theresienstadt „in letzter Konsequenz ein Euphemismus für Morden und Mord“¹³⁹ war, nach 1945 aber seinen Blutgeruch rasch verloren hat.

Mit Blick auf die zukünftige Verwendung ist vielmehr ein differenzierender Umgang weiterführend. Legitim ist die Benutzung der lateinischen Form *suum cuique*, weil es sich dabei um einen in relativ niedriger Frequenz gebrauchten Ausdruck handelt, der seit 1945 praktisch von niemandem mit den NS-Verbrechen assoziiert worden ist. Die Benutzung in der Rechtslehre, in der Geschichtsschreibung über Preußen, in Gerichtssälen oder im Barettabzeichen der Feldjäger kann deshalb nicht in Frage gestellt werden. Nichts einzuwenden ist ebenfalls gegen die deutsche Form in Fällen, in denen es um einen aufklärenden Umgang geht, wie er sich etwa bei Schnog, Olivier oder Broder nachweisen lässt. Eine Tabuisierung wäre hier kontraproduktiv, weil sie die in den Texten geleistete Aufklärung über den Holocaust verhindern würde.

Anders verhält es sich beim apologetischen oder ahistorisch profanen Gebrauch. Hardos Deutung der Buchenwalder Torinschrift ist inakzeptabel, weil sie den KZ-Terror nachträglich legitimiert. Zutiefst fragwürdig ist ebenfalls die unreflektierte Handhabung in der Unterhaltungsindustrie oder der Werbebranche. Sie ist es zum einen, weil sie die Gefühle der Opfer verletzt, und zum anderen, weil sie eine der großen gesellschaftspolitischen Leistungen der Bundesrepublik untergräbt: die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Dieses Projekt, das im Selbstverständnis der Deutschen mittlerweile eine zentrale Position einnimmt, wird nur dann seine Wahrhaftigkeit bewahren, wenn nicht allein Einvernehmen über die selbstkritische Auseinandersetzung mit dem rassistischen Wertesystem und den Verbrechen des „Dritten Reichs“ besteht, sondern es ebenso zu einer Konsensbildung über den angemessenen

Umgang mit der lexikalischen Hinterlassenschaft der NS-Diktatur kommt.

Dass in dieser Hinsicht weiterhin beträchtliche Defizite bestehen, lässt sich nicht nur anhand von „Jedem das Seine“, sondern bei einer Vielzahl von Wörtern und Wendungen beobachten. Auch der Umgang mit einem Wort wie zum Beispiel „Entartung“ gestaltet sich bis heute ausgesprochen heterogen. Während Günter Grass, nachdem er im Frühjahr 2007 die Reaktionen der Presse auf seine frühere SS-Mitgliedschaft als eine „Entartung“ des deutschen Journalismus bezeichnete hatte, von den Medien genötigt wurde, die Verwendung des Ausdrucks öffentlich zu widerrufen, hat bislang kein Rezensent den Gebrauch desselben Wortes in Helmut Schmidts Bilanz „Außer Dienst“ (2008) beanstandet.

Wie wenig es den Deutschen bislang gelungen ist, einen Konsens über den angemessenen Umgang mit dem Lexikon des Nationalsozialismus herzustellen, wurde an jenem eingangs bereits erwähnten Eklat über Eva Hermans Äußerungen in der Fernseh-Talkshow auf geradezu exemplarische Weise deutlich. Statt sich in einem sachbezogenen Diskurs über den problematischen Gebrauch belasteter Ausdrücke zu verständigen, kulminierte der Disput im Rauswurf einer Teilnehmerin. Um die Behebung derartiger Defizite geht es beim Umgang mit der sprachlichen Hinterlassenschaft der NS-Diktatur. Denn die Glaubwürdigkeit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus insgesamt wird nicht zuletzt auch an dem Maß an diskursiver Zivilität gemessen, das in Deutschland seit 1945 wieder hergestellt werden konnte.

¹³⁹ H. G. Adler zit. nach: C. Schmitz-Berning (Anm. 11), S. 93.

Rüdiger Harnisch

Dialektentwicklung am Rande des Eisernen Vorhangs

Mitten durch das deutsche Sprachgebiet wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eine politische Grenze gezogen: der „Eiserne Vorhang“ zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Würden sich in den beiden neuen politischen Gebilden nun unterschiedliche deutsche „Sprachen“ entwickeln, zumindest unterschiedliche regionale Standardvarietäten

Rüdiger Harnisch

Dr. phil., geb. 1955 in Ludwigstadt an der Grenze zur DDR; Professor für Deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Passau, 94030 Passau. ruediger.harnisch@uni-passau.de

des Hochdeutschen? Würden sich unterhalb des Hochdeutschen unterschiedliche Umgangssprachen herausbilden? Würden entlang des Grenzzauns auch neue Dialektgrenzen entstehen, auch wenn vor der Grenzziehung dort gar keine existiert hatten? Der zuletzt gestellten Frage nahm sich das Forschungsprojekt an, aus dem hier berichtet werden soll. Als Untersuchungsgebiet wählten die Projektinitiatoren¹ den bayerisch-thüringischen Grenzsäum aus, der sich ungefähr vom Raum Sonneberg/Coburg über den Raum Saalfeld/Kronach bis in den Raum Schleiz/Hof an der Saale erstreckt. Dieser Abschnitt war dialektgeographisch reich gegliedert und aus der Zeit vor der Grenzziehung gut erforscht.

Die sprachgeographische Situation in diesem Raum, so ging aus den älteren dialektologischen Untersuchungen hervor, war tatsächlich dadurch gekennzeichnet, dass die ursprünglichen Dialektgrenzen mit der neuen deutsch-deutschen Grenze genau so wenig deckungsgleich verlaufen waren wie in der Vorkriegszeit mit den Grenzen zwischen den politischen Territorien des föderalen deutschen Staatsgebildes, an denen sich die innerdeutsche Grenzziehung orientiert hatte. Ver-

einfach ausgedrückt wurde in Thüringen nicht nur thüringisch gesprochen, sondern zum Teil auch fränkisch; und in den fränkischen Gebieten Bayerns wurde nicht nur fränkisch gesprochen, sondern zum Teil auch thüringisch. Wenn nach der Grenzöffnung an dieser Grenze nun dialektgeographische Unterschiede festzustellen waren, konnten sie nicht von alten Dialektgrenzen herrühren, sondern mussten dort im Lauf der vergangenen Jahrzehnte entstanden sein.

Im Fokus: Zehn Ortspaare und „Little Berlin“

Im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bewilligten „Erhebungen zur Dialektsituation im thüringisch-bayerischen Grenzgebiet“ (hier: „Vorprojekt“) hatten bereits von 1991 bis 1994 Sprachforscher² 435 Gewährsleute befragt und die Befragungsergebnisse auf 187 Tonbandkassetten zu je 60 Minuten dokumentiert. Wichtig war, dass der Sprachstand kurz nach der Grenzöffnung erfasst wurde, denn man musste handeln, bevor weitere sprachliche Entwicklungen in Gang kamen, die mögliche Effekte der Grenze vielleicht wieder verwischt hätten. Im Jahre 2006 bewilligte die DFG dann ein Anschlussprojekt zur Auswertung der seinerzeit erhobenen Daten.³ In diesem Rahmen wurde das Tonbandmaterial aus der Zeit kurz nach der Wiedervereinigung daraufhin untersucht, ob die vier Jahrzehnte währende Spaltung von vorher einheitlichen Kommunikationsräumen entlang der politischen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik auch zu einer sprachlichen Grenzgebildung geführt hatte. Dabei ging es sowohl um grenzbildende sprachliche Merkmale selbst als auch um Selbsteinschätzungen der Gewährspersonen, was die Verwendung und Bewertung ihres Dialekts betrifft.

¹ Robert Hinderling (Bayreuth) und der Autor, Wolfgang Lösch und Rainer Petzold (Jena).

² Rainer Petzold im geographisch östlichen Abschnitt, Wolfgang Lösch im westlichen.

³ Das Projekt wird vom Autor geleitet, Mitarbeiter sind Frank Reinhold und Michael Schnabel. Zum Projekt und Vorprojekt vgl. u. a. Rüdiger Harnisch/Frank Reinhold/Michael Schnabel, *Neue Dialektgrenzen an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze?*, in: Peter Ernst/Franz Patocka (Hrsg.), *Dialektgeographie der Zukunft*, Stuttgart 2008, S. 203–218.

Karte: Erhebungsgebiet



Die 21 Erhebungsorte sind jeweils mit einem Punkt gekennzeichnet. Die flächig eingezeichneten größeren Orte dienen der Orientierung.

Quelle: eigene Darstellung.

Das Sprachmaterial wurde in 20 grenznahen Orten sowie in dem ehemals geteilten Dorf Mödlareuth, das deshalb auch „Little Berlin“ genannt wurde, erhoben. Die sich an der Grenze jeweils gegenüberliegenden Orte wurden in Paare gruppiert (Karte). In diesen elf Teilräumen gibt es jeweils nicht nur spezifische dialektgeographische Gegebenheiten, sondern auch eigene historische (territoriale, konfessionelle, kulturelle) Besonderheiten. Das Wissen darum, so war zu vermuten, würde die Gewährsleute in ihren Meinungen über die Art, den Wert und die Verwendungsbedingungen ihres Dialekts stark beeinflussen. Dieses Vorwissen geht zum Beispiel in gebietsspezifische stereotype Vorstellungen von Sprachgrenzen („mentale Sprachlandkarten“) ein. Abgefragt wurden in diesen Orten

- ein Fragebogen, der auf die auffälligen Dialektmerkmale der jeweiligen Ortsmundart zugeschnittenen war (Besonderheiten der Aussprache, der Beugung von Wörtern, des Satzbaus, des Wortschatzes),¹⁴

¹⁴ Die Unterschiede in den „Staatwortschätzen“ mit ihren amtlichen Begriffen (wie *Fabrerlaubnis* in der

- 24 schriftlich vorgegebene standardsprachliche Sätze, die in die jeweilige Ortsmundart „übersetzt“ werden sollten, sowie
- ein soziolinguistischer Fragebogen zur Selbsteinschätzung der Sprachverwendung und zur subjektiven Dialektbewertung mit Fragen etwa danach, in welchen Situationen bzw. in welchen Altersgruppen Dialekt/Hochdeutsch/Umgangssprache gesprochen werde, wodurch sich der eigene Dialekt von benachbarten unterscheide usw.

Zur Kontrolle dieser gezielt erfragten Daten ist dann noch angeregt worden, in einer freien Erzählung zu schildern, wie man die Grenzöffnung im November 1989 erlebt hatte. Die Daten aus diesen Quellen wurden dann mit denen einer Erhebung aus dem Jahre 1935¹⁵ sowie denen des „Sprachatlasses von Nordostbayern“ aus den 1990er Jahren verglichen.

DDR versus *Führerschein* in der Bundesrepublik) interessiert natürlich unter dem für die Untersuchung maßgeblichen dialektgeographischen Aspekt nicht.

¹⁵ Vgl. Heinz Rosenkranz, *Mundart und Siedlung im Gebiet der obern Saale und des nördlichen Frankenwaldes*, Jena 1938.

In diesen historischen Vergleichsmaterialien waren jeweils die dialektalen Merkmale der ältesten greifbaren Sprecherschicht erfasst, in den Materialien des Vorprojekts die aus vier Altersgruppen. Die Lebensabschnitte, in denen die Gewährsleute sprachlich sozialisiert wurden, und damit der zeitliche Horizont der untersuchten Sprachentwicklungen reichen also von der Kaiserzeit bis in die 1970er Jahre.

Dialektale Merkmale

Als Beispiele für die dialektgeographische Entwicklung im Grenzgebiet werden hier die Aussprache des *r*-Lauts, die Aussprache bestimmter Vokale (Selbstlaute) und die Form des verbalen Infinitivs (die Grundform des Zeitworts in einer bestimmten Satznachbarschaft) ausgewählt.¹⁶ Was die Lautung des *r* angeht,¹⁷ war beim Ortspaar Sparnberg–Rudolphstein auf westlicher Seite ein von Generation zu Generation stärker werdender Rückzug des alten Zäpfchen-*r* bis an die ehemalige Staatsgrenze zu beobachten, während der östliche Ort ganz auf dem alten Stand geblieben ist. In Rudolphstein ersetzten die Sprecher also mit der Zeit das alte Zäpfchen-*r* durch das neue Zungenspitzen-*r*. In Sparnberg dagegen blieb das alte Zäpfchen-*r* bis in die jüngste Generation hinein erhalten.

Eine Zusatzuntersuchung zum Ortspaar Blankenstein–Blankenberg hat ferner den interessanten Befund erbracht, dass sich diese beiden auf ehemaligem DDR-Gebiet liegenden Orte, die sich vor der Grenzziehung durch Zäpfchen-*r* in Blankenstein und Zungenspitzen-*r* in Blankenberg unterschieden hatten, in der Nachkriegszeit anglichen: wie

¹⁶ Vgl. u. a. Michael Schnabel, Dialektspaltung im thüringisch-bayerischen Grenzgebiet am Beispiel des Ortspaares Sparnberg/Rudolphstein. Wie eine politische Grenze zur Sprachgrenze wurde, in: Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik, 73 (2006), S. 30–54; Frank Reinhold, Schwindendes Zungenspitzen-R als Merkmal der Sprachsituation an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze in Blankenberg/Saale, in: Wolfgang Lösch (Hrsg.), Beiträge zur Dialektforschung in Thüringen, Jena–Erlangen 1997, S. 139–143.
¹⁷ Bei den *r*-Lauten ist zwischen dem hinteren, sog. Zäpfchen-*r*, das Laien oft mit dem bei seiner Artikulation entstehenden „Gurgelgeräusch“ beschreiben, und dem vorderen, sog. Zungenspitzen-*r* zu unterscheiden, das oft als „gerollt“ bezeichnet wird. Pauschal ausgedrückt, ist das Zäpfchen-*r* eher mitteldeutsch, das Zungenspitzen-*r* eher süddeutsch.

zu erwarten in Form der Zäpfchen-*r*-Artikulation, war doch Blankenberg nun in seinem Kontakt zum fränkischen Süden beschränkt und drückte das thüringische Hinterland nunmehr gegen die Grenze. Diese in den Ortspaares Sparnberg–Rudolphstein und Blankenstein–Blankenberg gegenläufigen Prozesse führen beide zu dem Ergebnis, dass sich die *r*-Laut-Varianten des jeweiligen neuen Hinterlands durchsetzen und die alten Varianten exakt bis an die Grenze zurückdrängen.

Was in Bezug auf Sparnberg–Rudolphstein über die Änderung der *r*-Laut-Landschaft gesagt wurde, gilt dort auch für die ehemals in beiden Orten geltenden sogenannten zentralisierten Vokale. Mit „Zentralisierung“ ist gemeint, dass die Vokale etwas weiter zur Mitte des Mundraums hin artikuliert werden, was der Sprache eine Vokalfärbung verleiht, die gemeinhin als „Sächseln“ wahrgenommen wird. Auf westlicher Seite gibt es nach der Grenzziehung einen Rückzug dieses „Sächselns“ bis an die Grenze, auf östlicher Seite herrscht völlige Stabilität dieses Merkmals. In Rudolphstein gaben die Sprecher also mit der Zeit die alten zentralisierten Vokale auf. In Sparnberg dagegen blieben diese Vokale bis in die jüngste Generation hinein erhalten.

Im selben Grenzsäum war auch ein Abbau sogenannter steigender Zwielaute festzustellen.¹⁸ So wurde der Zwielaute *ej* für das lange *i* wie in *Wejs* (Wiese) oder *gejsn* (gießen) an die politische Grenze zurückgedrängt, doch diesmal auf östlicher Seite. Die jungen Ostdeutschen haben dieses offensichtlich „stigmatisierte“ Dialektmerkmal vollkommen abgelegt. Dagegen realisiert noch ein Drittel der jungen Westdeutschen den markanten steigenden Zwielaute. Im weiter westlich gelegenen Abschnitt des Untersuchungsgebiets, vertreten vom Ortspaar Almerswind–Weißenbrunn, bleibt im Osten die dialektale Realisierung von sogenannten fallenden Zwielaute statt gedehnter bzw. langer Vokale bis in die junge Altersgruppe hinein auf hohem Niveau erhalten.¹⁹ So heißt es dort

¹⁸ Diese Aussprachbesonderheit besteht darin, dass statt langer Vokale ansteigende Zwielaute (Diphthonge) artikuliert werden, z. B. *ej* statt lang *i* oder *ou* statt lang *u*. Diese Aussprachen sind charakteristisch „frankenwäldlerisch“, gelten als sehr ländlich und sind entsprechend stigmatisiert.

¹⁹ Es handelt sich hier um Zwielaute aus einer andern historischen Lautklasse, deren zweiter Bestandteil in

Vüegel für „Vögel“ und *bües* für „böse“. Bei den Jungen im Ort auf westlicher Seite brechen die Werte aber ein. Nicht einmal mehr die Hälfte von ihnen spricht diese mundartlichen Zwielaute.

Ein ähnliches Bild ergibt sich in diesem Teilraum beim Merkmal des endungslosen Infinitivs nach Modalverben.¹⁰ Der Osten hält bis in die junge Generation hinein an der dialektalen endungslosen Grundform fest: *däff laaf* (darf laufen), *will kaaf* (will kaufen), *muss schäl* (muss schälen), *koo gemach* (kann machen). Doch nur noch knapp zwei Drittel der Jungen im Westen bewahren diese Eigenart.

Es gibt also sowohl Erhaltung alter Merkmale im Westen (z. B. bei *Wejs* oder *geißn*), wo der Osten neuert, als auch Erhaltung alter Merkmale im Osten (z. B. bei *Vüegel* oder *bües*), wo der Westen neuert. Immer jedoch geht bei diesen Beispielen die alte grenzübergreifende Einheitlichkeit verloren und es entstehen, spätestens bei den Jüngsten, neue sprachliche Binnengrenzen an der ehemaligen politischen Grenze.

Wichtig für die richtige Einschätzung des Wandels ist nun die Unterscheidung, ob sich eine Sprachgrenze dadurch gebildet hat, dass sich die Bevölkerungen beiderseits des „Eisernen Vorhangs“ in das jeweilige dialektale Hinterland umorientiert haben, oder ob eine neue Sprachgrenze dadurch entstanden ist, dass auf unterschiedlichen Seiten der politischen Grenze unterschiedliche Grade von „Dialektabbau“ stattgefunden haben. Das Untersuchungsmaterial weist beide angesprochenen Arten des Wandels auf:

- Eine neue Dialektgrenze entsteht an der politischen Grenze durch Umorientierung der Sprecher ins dialektale Hinterland. Beispiel dafür ist die Aufgabe des mitteldeutsch und damit „nach Ostzone“/„nach DDR“ klingenden hinteren *r* zugunsten des Zungenspitzen-*r* auf westlicher Seite und der umgekehrte Fall der Aufgabe des

süddeutsch („bayerisch“) klingenden vorderen *r* zugunsten des Zäpfchen-*r* auf östlicher Seite.

- Eine neue Dialektgrenze entsteht an der politischen Grenze durch unterschiedliche Grade des Dialektabbaus auf beiden Seiten. Beispiel dafür ist der unterschiedlich starke Rückgang der Zwielaute vom Typ *Wejs* auf östlicher und westlicher Seite.

Bei der Aufgabe der „sächsisch“ ausgesprochenen Selbstlaute auf westlicher Seite kann man aber fragen, ob es sich um eine Umorientierung ins Hinterland handelt, dessen Dialekt dieses Merkmal nicht kennt, oder ob der Abbau dieses „Sächselns“ in die Richtung der oberdeutschen Umgangssprache und der hochdeutschen Standardsprache zielt. Hier ziehen zwei Faktoren an einem Strang, so dass man bei isolierter Betrachtung nicht unterscheiden kann, welcher Faktor der stärkere ist.

Ein weiterer wichtiger Umstand ist, von welchen neuen lokalen Zentren die (umgangs-) sprachlichen bzw. dialektalen Neuerungen ausgestrahlt haben könnten bzw. welche Zentren bewahrenden Einfluss ausübten. Bei einigen Erscheinungen fördert auf westlicher Seite wohl die Mittelstadt Coburg den Dialektabbau bei der Jugend. Städtische Zentren, in denen Sprecher unterschiedlicher Dialekte zusammenkommen, nivellieren sprachliche Unterschiede und strahlen die so entstehende Ausgleichssprache ins ländliche Umland wieder aus. Bei andern Phänomenen machen sich ambivalente Einflüsse geltend: Die Kleinstadt Naila (bei Hof) zum Beispiel scheint konservativ zu sein, die Mittelstadt Hof in unmittelbarer Nähe dagegen gegen neuerungsfreudig und dialektnivellierend wie Coburg. Dies zeigt, dass für die Erklärung jedes Phänomens immer mehrere Parameter heranzuziehen sind und jeweils zu klären ist, ob die ursprünglichen dialektalen Merkmale durch den ländlichen Dialekt des Hinterlands, die städtisch beeinflusste Umgangssprache des Hinterlands, großräumigere regionale Ausprägungen der Hochsprache oder die Hochsprache selbst gestützt werden oder nicht.

Laienlinguistische Selbsteinschätzungen

Neben den oben objektiv festgestellten Dialektmerkmalen auf lautlicher oder grammatischer Ebene selbst können auch subjektive

der Vokalhöhe absinkt. Auch sie sind für ihren Geltungsraum sehr charakteristisch, gelten als ländlich und werden stigmatisiert. Beispiele sind die Aussprachen *ie* statt lang *e*, *üe* statt lang *ö* oder *uë* statt lang *o*.

¹⁰ Hier handelt es sich um die Grundform des Zeitworts ohne die Endung *-en*. Sie kommt nach sog. „modalen“, d. h. bedeutungsschattierenden Zeitwörtern wie *können*, *wollen*, *dürfen* usw. vor.

laienlinguistische Äußerungen über diese dialektalen Merkmale oder den eigenen Dialektgebrauch Ost-West-Unterschiede widerspiegeln. Die Daten der soziolinguistischen Erhebung sprachlicher Selbsteinschätzungen wurden deshalb daraufhin ausgewertet, ob in den Angaben der Gewährspersonen zur situativen Verwendung des Dialekts und zur eigenen Dialektkenntnis solche Unterschiede erkennbar sind.

Besonderes Augenmerk richtete sich dabei auf die Frage „Wodurch unterscheidet sich Ihr Dialekt vom Dialekt in den Nachbardörfern?“ Hier geben die Gewährspersonen oft sprachliche Merkmale als typisch für den Dialekt „der andern“ aus, ohne sich bewusst zu sein, dass sie selbst genauso sprechen. Oft haben sie aber auch ein gutes Ohr für dialektale Unterschiede zwischen sich und den Nachbarn, auch wenn ihnen dafür die geeignete Beschreibungssprache fehlt. So meinen sie beispielsweise mit dem Ausdruck „Sächseln“ das Sprechen von „zentralisierten Vokalen“, mit der Charakterisierung „bayrisch reden“ das Sprechen mit dem für sie „südlich“ klingenden Zungenspitzen-*r*.

Typisiert man diese Laienäußerungen, so reichen sie von durchaus zutreffenden Charakterisierungen über pauschale, zum Beispiel nicht nach „früher“ und „heute“ unterscheidende Aussagen bis zu Urteilen, die völlig losgelöst von sprachlichen Merkmalen einfach nur die politische Gebietsbezeichnung auf die sprachgeographische projizieren. Eine Auswahl an Zitaten kann das belegen:

- „Meine Oma hat noch mehr das Thüringische drinne.“ „Wir rollen das *r* eher.“ (West-Perspektive; zutreffend)
- „In Blankenberg reden sie bayrisch, da rollen sie das *r*.“ (Ost-Perspektive; für die alte Generation zutreffend)
- „Die Rudolphsteiner reden bayrisch, die rollen das *r*.“ (Ost-Perspektive; nur für die jüngste Generation zutreffend)
- „Manchmal sagen sie mir, es ist ein bisschen bayrisch, weil meine Mutter von Bayern war.“ (Ost-Perspektive; nicht zutreffend)

In der zuletzt zitierten Äußerung wird die politisch-territoriale Zugehörigkeit einfach der

sprachlichen übergestülpt, ohne dass das an dialektalen Merkmalen festgemacht würde. Dieser 1936 geborene Bewohner eines Ost-Orts spricht nämlich „sächsische“ Vokale und Zäpfchen-*r*; weist also in beiderlei Hinsicht alles andere als „bayrische“ (will heißen: im angrenzenden politischen Gebilde Bayern gesprochene) Merkmale auf; vielmehr ist er sprachlich ganz „von drüben“. Die laienlinguistische Bezeichnung „bayrisch“ kann im Untersuchungsraum übrigens ohnehin nicht für das verwendet werden, was die Dialektgeographie unter „bairisch“ versteht, denn im untersuchten Saum beiderseits der Grenze wird entweder thüringisch oder ostfränkisch gesprochen, nie aber bairisch. Mit „bayrisch“ können die Gewährsleute somit jegliches Merkmal eines Dialekts meinen, der auf politisch bayerischem Boden gesprochen wurde oder wird.

Geht man die Liste von Laienäußerungen aus Sparnberg (Ost) und Rudolphstein (West) durch und differenziert nach Aussagen über sich und über die jeweils andern, fallen einige Asymmetrien auf: Die Bewohner des östlichen Ortes sagten über ihre Sprache spontan kaum je etwas aus, sondern bemerkten über ihre Nachbarn im westlichen Ort nur die Auffälligkeit, dass diese „bayrisch reden“. Die Bewohner des westlichen Ortes jedoch trafen mit Vorliebe Feststellungen über ihren eigenen Dialekt, indem sie ihn mit dem ihrer Nachbarn im Osten verglichen: „Wir reden nicht richtig bayerisch, aber auch nicht wie die“, äußerte eine Gewährsperson. „Die sprechen anders als wir, halt wie drüben“, ist ein weiterer Kommentar, der in diese Richtung geht. „Unser Dialekt klingt halt wie drüben, wie aus dem Osten“, bemerkte dagegen eine andere befragte Person. Zum Teil wird von Sprechern aus dem westlichen Dorf der „Einschlag“ ihres eigenen Dialekts „ins Sächsische“ als „nicht unangenehm“ empfunden, zum Teil aber auch als Grund dafür genannt, dass man wegen seiner Sprache „gehänselt“ wurde.

Die Gewährspersonen aus dem Osten kommentieren also ihre eigenen mitteldeutschen Dialektmerkmale und die ihrer Nachbarorte auf östlicher Seite bezeichnenderweise nicht. Im Osten wird eben in einem großen dialektalen, umgangs- und regionalsprachlichen Hinterland Zäpfchen-*r* gesprochen und werden Vokale zentralisiert. Über den benachbarten Ort im Westen bemerken die Ostdeutschen nur deren „bayrischen“ Charakter. Hier tritt

also die Grenze zwischen Bundesländern als mentale Sprachgrenze in Erscheinung – eine politische Grenze, die es, wohl gemerkt, auch schon vor dem Grenzbau der DDR gegeben hat – und nicht die Grenze der vorübergehenden deutschen Zweistaatlichkeit.

Anders verhält es sich bei den Dorfbewohnern aus dem westlichen Ort. Sie fühlen sich, sicher verstärkt durch ihr sprachliches Exotikum im nachkriegszeitlichen Westdeutschland, bemüßigt, auf ihren „sächsischen“ Einschlag hinzuweisen und ihn neutral oder negativ zu bewerten. Über die gegenüberliegende östliche Seite äußern sich die Gewährleute aus dem Westen trotz der auffallenden Dialektähnlichkeit so, dass „die anders sprechen als wir, halt wie drüben“. Die Hüben-Drüben-Polarität, zum Teil auch ausgedrückt in Gegensatzformeln wie „bei uns“/„bei euch“, findet sich hauptsächlich bei den Gewährspersonen aus dem Westen. Aus westlicher Perspektive scheint also der Spaltungs-Aspekt deutlicher auf als aus östlicher Perspektive.

Fazit

Das Forschungsprojekt hat erstens gezeigt, dass wichtige lautliche und grammatische Merkmale der Dialekte selbst sich in ihrer räumlichen Verbreitung an der neugezogenen hermetischen politischen Grenze ausrichteten. Der „Eiserne Vorhang“ hat also die alten Sprachlandschaften in – gerade auch für die Laien selber – auffälligen Kennzeichen verändert und in Bezug auf diese zu einer vorher nicht gegebenen Deckungsgleichheit von politischer und sprachlicher Grenze geführt. Was an relativ offenen Grenzen sich in jahrhundertlangen Prozessen abspielte, geschah hier innerhalb von kaum vier Jahrzehnten. Die Kürze der Dauer der Kontaktbehinderung wurde durch die hermetische Dichte, die das Kontakthindernis erzeugte, ausgeglichen. Es hat sich ferner gezeigt, dass pauschalisierende Aussagen, „der Dialekt“ habe sich auf einer der beiden Seiten der Grenze „besser gehalten“ als auf der andern, nicht zutreffend sind. Vielmehr war einmal die eine Seite neuerungsaktiv, ein andermal die andere. Immer aber richteten sich die neuen Dialektgrenzen an der jungen politischen Grenze aus.

Zweitens zeigte sich bei der Auswertung der Laienaussagen über ihren Dialekt, dass

sich die Grenze auch auf die in diesen Äußerungen zum Vorschein kommenden Attitüden auswirkt. Das Wissen über die politische Grenze bestimmt die Vorstellung von Sprachgrenzen. Nur war dieses Denken schon länger angelegt. Die Auffassungen, in Bayern werde, was immer das sprachliche Merkmal im Einzelnen sein mag, „bayerisch“ gesprochen und in Thüringen „thüringisch“, haben sich aus der Zeit von vor der deutschen Teilung erhalten, nur wurden sie nachher auch auf das Hüben-Drüben-Muster projiziert.

In einem dritten Bereich richtete sich Sprache an der politischen Grenze aus: beim Sprechen über diese Grenze. Die narrative Darstellung des Niederrisses der Grenzzäune verrät die auf beiden Seiten dieser Grenze entstandenen unterschiedlichen Mentalitätsgeschichten. Neben dem subjektiv gespiegelten Faktischen, was eine geschichtswissenschaftlich betriebene *Oral History* aus diesen Erzählungen ziehen könnte, kommen im sprachlich abgegebenen Zeugnis auch tieferliegende Bewusstseinschichten der betroffenen Menschen zum Vorschein. Diese Informationen birgt das im vorgestellten Forschungsprojekt erhobene Material reichhaltig. Die Auswertung dieser Erzählungen unter solchen gesprächsanalytischen Aspekten wurde im vorgestellten Projekt jedoch nicht gefördert. Dies nachzuholen, wäre eine wichtige Aufgabe der germanistischen Sprachforschung für die Zukunft, eine mit hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung dazu. Was für den diskursiven Umgang mit der „Sprachmauer“ durch Berlin bereits in Angriff genommen wurde,¹¹ muss für das Reden über den „Sprach-Zaun“ durch Deutschland noch geleistet werden.

¹¹ Vgl. Norbert Dittmar/Ursula Bredel (Hrsg.), *Die Sprachmauer. Die Verarbeitung der Wende und ihrer Folgen in Gesprächen mit Ost- und WestberlinerInnen*, Berlin 1999.

Volker Hinnenkamp

Vom Umgang mit Mehrsprachigkeiten

Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist deutsch.“ Dieser Satz steht *nicht* in der Verfassung. Er ist nirgendwo festgeschrieben. Hingegen findet sich im Grundgesetz (Art. 3) einzig die Aussage „Niemand darf wegen (...) seiner Sprache (...) benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Sprachenrechte sind zum Teil in Abkommen

zu anerkannten autochthonen (alteingesessenen) Minderheiten geregelt, etwa in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955.¹ Auch im deutsch-deutschen Einigungsvertrag von 1990 wird in einer Protokollnotiz das Recht auf den Gebrauch der sorbischen Sprache (der Niederlausitzer Sorben) anerkannt.² Erwähnenswert – weil umstritten – ist noch der Paragraph 23 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, in dem es heißt: „Die Amtssprache ist deutsch.“³ Es gibt also nur wenige rechtliche Festlegungen zum Status von Deutsch im Verhältnis zu anderen Sprachen und den damit verbundenen Rechten und Pflichten ihrer Sprecherinnen und Sprecher.

Die Bundesrepublik Deutschland ist allerdings in mehrfacher Hinsicht mit dem Problem der Mehrsprachigkeit konfrontiert. Das führt zu großen Unsicherheiten über das Verhältnis des Deutschen als Mehrheitssprache gegenüber Menschen mit anderer Muttersprache. Auch wenn es keine gesicherten Zahlen gibt – rund neun Prozent der Bevölkerung haben einen ausländischen Pass –, so ist der Anteil derjenigen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, beträchtlich. Der Großteil davon geht auf die Einwanderung

seit der Anwerbung sogenannter Gastarbeiter seit Mitte der 1950er Jahre zurück. Mit etwa zwei Millionen Muttersprachlern ist Türkisch dabei am stärksten vertreten.

Anders- und Mehrsprachigkeit ist in einem Land, dem die Erziehungswissenschaftlerin Ingrid Gogolin einen „monolingualen Habitus“⁴ vorhält, in vielerlei Weise problematisch. Von daher gab und gibt es immer wieder den Vorschlag, die deutsche Sprache im Grundgesetz festzuschreiben. Aufgrund der tatsächlichen Vielsprachigkeit in Deutschland könnte aber verfassungsmäßig genauso gut die Mehrsprachigkeit verankert werden. Was das jeweils für die sprachenrechtliche und sprachenpolitische Praxis bedeuten würde, muss ungeklärt bleiben. Aber die Probleme liegen auf der Hand: So sind zum Beispiel die meisten Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund immer noch Bildungsbenachteiligte. Für diese Tatsache sind viele Faktoren verantwortlich – aber Defizite im Deutschen sind wohl der meistgenannte.

Streitfall Zweisprachigkeit

Die sprachenpolitische Debatte um Einwanderung dreht sich größtenteils um den Stellenwert von bestimmten Sprachigkeitskonstellationen für und wider den Integrationsprozess: Das Verhältnis von mitgebrachten Sprachen bzw. Herkunftssprachen zur Mehrheitssprache Deutsch ist ein leidenschaftlich und höchst kontrovers diskutiertes Thema, gar ein „Streitfall“.⁵ Auf der einen Seite stehen die Verfechter einer Sprachpolitik, welche die Mehrsprachigkeit über die reine Anerkennung hinaus auch instrumentell für eine wichtige Ressource mit großem Potenzial halten,⁶ das im Rahmen einer einsprachig fi-

¹ So heißt es in der Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter II, 2: „Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.“ Online: www.wahlrecht.de/doku/doku/19550329.htm (15. 1. 2010).

² Vgl. Einigungsvertrag, Anlage I, Kap. III, Sachgebiet A, Abschnitt III, Nr. 1.

³ Online: www.gesetze-im-internet.de/vwvfg/_23.html (15. 1. 2010).

⁴ Ingrid Gogolin, *Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule*, Münster–New York 2008².

⁵ Vgl. dies./Ursula Neumann (Hrsg.), *Streitfall Zweisprachigkeit – The Bilingualism Controversy*, Wiesbaden 2009.

⁶ Vgl. z. B. Bernd Meyer, *Nutzung der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund*, Ex-

xierten Gesellschaft systematisch an seiner Entfaltung gehindert wird;⁷ auf der anderen Seite stehen die Befürworter einer forcierten Eingliederungspraxis (Assimilation) über die Förderung der Mehrheitensprache, wobei die Herkunftssprachen als hinderlich bzw. keinesfalls als „Kapital“ gesehen werden: „In *keinem* Fall gibt es für die ‚multiple Inklusion‘ im Vergleich zur ‚Assimilation‘ eine Prämie auf dem Arbeitsmarkt (...). Die zur Zweitsprache *zusätzliche* Beherrschung der Muttersprache (...) bringt auf dem Arbeitsmarkt offenbar so gut wie nichts.“⁸ Der Urheber dieses Zitats, Hartmut Esser, ist ein typischer Vertreter erklärender Soziologie, dem es um die statistische Verallgemeinerbarkeit und die systematische Prüfung kausaler Zusammenhänge geht.⁹ Er stützt sich dabei auf die jährlich erhobenen Daten des SOEP (Socio-oeconomisches Panel). Gogolin und andere wiederum greifen sprachpolitische und Bildungstraditionen auf, setzen sich mit Ideologien, Interessen und Machtkonstellationen von „Sprachigkeit“ auseinander, blicken auf Modellversuche und Fallanalysen.

Ich möchte im Folgenden vor allem soziolinguistische Aspekte der Mehrsprachigkeitsproblematik in den Blick nehmen. Zur Debatte um die Rolle der Mehrsprachigkeit ließe sich zunächst die weniger instrumentelle oder effektivitätsorientierte Frage stellen, über welches scheinbar so besondere Gut eigentlich gestritten wird. Denn mit Blick auf die Sprachigkeitszustände weltweit ist Mehrsprachigkeit zunächst einmal der Normalfall.

pertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Hamburg 2008, online: www.integration-in-deutschland.de/cfn_101/nm_282954/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Sonstige/ExpertiseMehrsprachigkeit.html (15. 1. 2010).

⁷ Vgl. neben vielen Beiträgen in I. Gogolin/U. Neumann (Anm. 5) auch Ingrid Gogolin/Marianne Krüger-Potratz u. a. (Hrsg.), *Migration und sprachliche Bildung*, Münster 2005 sowie weitere Schriften aus der Reihe „Interkulturelle Bildungsforschung“.

⁸ Hartmut Esser, *Der Streit um die Zweisprachigkeit: Was bringt die Bilingualität?*, in: I. Gogolin/U. Neumann (Anm. 5), S. 84. Mit „multipler Inklusion“ meint Esser das jeweils gleichzeitige Auftreten ethnischer und aufnahmelandbezogener Eigenschaften wie Bilingualität oder ethnisch gemischte Identitäten. Vgl. ebd., S. 82.

⁹ Vgl. ders., *Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten*, Frankfurt/M.–New York 2006.

Ab wann gilt ein Individuum, eine Gesellschaft als zwei- oder mehrsprachig? Die Wissenschaft ist sich hier nicht einig, auch wenn anerkannt ist, dass die meisten Menschen zwei- und mehrsprachig sind (allerdings mit unterschiedlichen Schätzungen über den genauen Anteil, der zwischen 60 und 75 Prozent liegen dürfte). Es gibt dazu keine klaren Aussagen, weil erstens nicht klar ist, wie viele Sprachen in der Welt überhaupt existieren; zweitens können Sprachen nicht einfach gezählt werden; drittens ist unklar, wo die Grenze zwischen Ein-, Zwei- und Mehrsprachigkeit liegt.

Ob man eine Sprache als selbstständig zählt oder einer anderen Sprache als Dialekt zuordnet, ist letztendlich willkürlich. Der meist mühselige Prozess der Standardisierung von Sprachen hat sich in historischen Prozessen herauskristallisiert. In Europa hat sich ein Verständnis von Sprache entwickelt, das zumeist identisch mit Nationalsprache ist.¹⁰ Daneben werden Sprachen von Minderheiten nur als Zweitsprachen toleriert. Dennoch gilt Vielsprachigkeit auch für alle europäischen Länder.¹¹ Je nach Zählweise gibt es zwischen 5000 und 6800 Sprachen auf der Welt. Bei etwa 200 Staaten (die UNO hat 192 Mitgliedstaaten) verteilt sich im Durchschnitt also die 20 bis 30-fache Menge an Sprachen auf die Länder. Andererseits decken 100 Großsprachen gut 90 Prozent der Weltbevölkerung ab. Diese hegemoniale Tendenz nimmt weiter zu.¹² Der weitaus größte Teil der Sprachen wird von Gruppen von weniger als einer Million Menschen gesprochen, wobei viele Sprachen über weniger als 1000 Sprecher verfügen. Selbst für Deutschland sind 69 Sprachen indiziert – Migrantensprachen immer eingeschlossen.¹³

Es gibt *individuelle* und *gesellschaftliche* Zwei- und Mehrsprachigkeit; mehrsprachige

¹⁰ Vgl. Peter Burke, *Wörter machen Leute. Gesellschaft und Sprachen im Europa der frühen Neuzeit*, Berlin 2006.

¹¹ Vgl. Lewis M. Paul (ed.), *Ethnologue. Languages of the World*, Dallas 2009¹⁶, *Statistical Summaries*, online: www.ethnologue.com/ethno_docs/distribution.asp?by=country (15. 1. 2010).

¹² Vgl. Daniel Nettle/Suzanne Romaine, *Vanishing Voices. The Extinction of the World's Languages*, Oxford 2000.

¹³ Vgl. L. M. Paul (Anm. 11).

Individuen leben nicht unbedingt in einer mehrsprachigen Gesellschaft; letztere besagt noch nicht, dass die Gesellschaftsmitglieder zwei- oder mehrsprachig sind.¹⁴ Zwei- und Mehrsprachigkeit kann mündlich und schriftlich zum Ausdruck kommen, sie kann aktiv oder auch nur passiv sein.

Soziolinguistik der Mehrsprachigkeit

Ein soziolinguistisches Interesse an gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit gilt unter anderem der Frage, welche Sprache als Nationalsprache dienen soll oder welche Sprachen institutionell gefördert werden sollen. In Gesellschaften mit vielen allochthonen (zugewanderten) Sprachgruppen bedeutet dies die Wahl zwischen zu fördernder Mehrsprachigkeit oder deren Aufgabe zu Gunsten der Mehrheitssprache. Die Soziolinguistik erforscht die gesellschaftlichen und interaktiven Funktionen von Mehrsprachigkeit, was sich in der folgenden Frage zusammenfassen ließe: „Wer spricht wann wem gegenüber welche Sprache und zu welchem Zweck?“¹⁵ Dies bezieht sich sowohl auf Individuen als auch auf gesellschaftliche Gruppen. In der neueren Forschung zur Sprachwahl stehen Fragen zur interaktiven Funktion der jeweils verwendeten Sprache bzw. Sprachvarietät im Vordergrund sowie nach dem Zusammenhang von Identität und Sprachwahl.¹⁶

Der dänische Soziolinguist Jens Normann Jørgensen¹⁷ ist der Auffassung (und mit ihm viele andere), dass die sprachpolitischen Verdikte zu Mehrsprachigkeit allesamt einen zu kurz gegriffenen Begriff von Mehrsprachigkeit zu Grunde legen, der sich nie vom Maximalismus verabschiedet habe, dass wahrer

¹⁴ Schon die Begrifflichkeit ist mitunter verwirrend: Einsprachige werden auch monolingual, Zweisprachige bilingual und Mehrsprachige auch vielsprachig oder multilingual genannt. Zweisprachigkeit, Bilingualität, Bilinguismus, Mehrsprachigkeit, Multilingualität etc. werden in der Regel alternierend verwendet. In Konkurrenz dazu steht der neuere Begriff „polylingual“.

¹⁵ Erweiterte Fassung nach Joshua Fishman, *Sociolinguistics. A Brief Introduction*, Rowley, MA 1970.

¹⁶ Vgl. exemplarisch dazu Peter Auer (ed.), *Code-Switching in Conversation: Language, Interaction and Identity*, London 1998.

¹⁷ Vgl. Jens Normann Jørgensen, *Introduction: Polylingual Languageing Around and Among Children and Adolescents*, in: *International Journal of Multilingualism*, 5 (2008) 3, S. 161–176.

Bilingualismus „die Beherrschung zweier Sprachen wie Muttersprachen“¹⁸ bedeute. Jørgensen bezeichnet diese herkömmliche Auffassung in Anlehnung an die problematische Etikettierung einer „doppelseitigen Halbsprachigkeit“¹⁹ als die *doppelte Monolingualismuskonvention*: „Menschen, die zwei Sprachen beherrschen, werden zum gegebenen Zeitpunkt jeweils die eine und nur die eine Sprache verwenden; und dabei werden sie die jeweilige Sprache in einer Weise nutzen, die sich im Prinzip nicht davon unterscheidet wie Einsprachige diese Sprache nutzen.“²⁰ Nur einer kleinen privilegierten Bildungsschicht in der Welt ist das möglich. Dies bei Menschen zum Maßstab zu erheben, die zum Beispiel durch Migration oder Flucht gezwungen sind, Sprachen dazuzulernen, ist vermessen.

Eine Erweiterung sieht Jørgensen in der *integrierten Bilingualismuskonvention*: „Menschen, die zwei Sprachen beherrschen, werden ihre ganze linguistische Kompetenz in zwei verschiedenen Sprachen zum jeweils gegebenen Zeitpunkt auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Gesprächs ausrichten, und dabei auch die linguistischen Fertigkeiten der Gesprächspartner berücksichtigen.“²¹ Dies geht auf die Realität von *face-to-face*-Interaktionen ein, in denen mehrsprachige Akteure aus denselben soziolinguistischen Gründen, mit denen sie auch ein einsprachiges Gespräch führen, die unterschiedlichen Sprachen zum Einsatz bringen. Die *Polylingualismuskonvention* schließlich geht noch einen Schritt weiter: „Sprachbenutzer setzen alle zur Verfügung stehenden linguistischen Mittel ein, um ihre kommunikativen Ziele so gut wie möglich zu erreichen, auch unabhängig davon, wie gut sie die betreffenden Sprachen beherrschen; dabei nehmen die Sprachbenutzer durchaus in Kauf – ja nutzen es sogar aus –, dass bestimmte sprachliche Merkmale als nicht zueinander passend empfunden werden.“²²

¹⁸ Leonard Bloomfield, *Language*, New York 1933, S. 55 (alle Übersetzungen: VH).

¹⁹ Vgl. Volker Hinzenkamp, *Semilingualism, Double Monolingualism and Blurred Genres – On (Not) Speaking a Legitimate Language*, in: *Migration. Onlinejournal für Sozialwissenschaften und ihre Didaktik*, (2005) 1, online: www.sowi-onlinejournal.de/2005-1/index.html (15. 1. 2010).

²⁰ J. N. Jørgensen (Anm. 17), S. 163.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

In dieser Konzeptualisierung umfasst Mehrsprachigkeit ein weites Spektrum von Kompetenzen oder besser: *Sprachigkeitskonstellationen*. Festschreibungen, wie eine nützliche oder effektive Mehrsprachigkeit auszuweisen hat, sind demnach künstlich. Ein Teil der soziolinguistischen Mehrsprachigkeitsforschung arbeitet im Rahmen der Kommunikationsethnografie oder der Interaktionalen Soziolinguistik.¹²³ Diese „richtet sich auf die Erfassung des engen Zusammenspiels zwischen Sprache, Gesellschaft, Kultur und kommunikative Verschiedenheit“,¹²⁴ und ihr Ziel ist es, aufzuzeigen, wie die Akteure Sprachigkeit verwenden, um ihre kommunikativen Ziele in typischen Alltagssituationen (*real life situations*) zu erreichen. Dabei stellen sich Sinn und Bedeutungen nicht automatisch ein, sondern werden vor dem Hintergrund lebensweltlicher Annahmen stetig ausgehandelt (*negotiation of shared interpretations*) – es liegt auf der Hand, dass dem Alternieren zwischen Sprachen (*codeswitching*) dabei eine große Rolle zukommt.¹²⁵

Zwei Stichwörter sind hier besonders hervorzuheben: *real life situations*, also eine Empirie situierter Sprachverwendung, und *negotiation*, das interaktive Aushandeln von Bedeutungen. Diese Aushandlungsprozesse finden auf allen Ebenen der komplexen Interaktionsstruktur statt; sie sind zumeist unausgesprochen und schaffen die jeweils bedeutsamen Handlungskontexte, auf die sich die Akteure ja irgendwie abstimmen müssen, um sich zu verstehen. Die Verwendung von verschiedenen Sprachen und auch Sprachvarietäten sind Teil dieses Aushandlungsprozesses: „Jedes Mal, wenn wir etwas in der einen Sprache sagen, das wir vielleicht auch in einer anderen hätten sagen können, stellen wir eine Verbindung her zu Menschen, zu Situationen, zu Machtkonstellationen aus unserer eigenen Ge-

schichte vergangener Interaktionen. Gleichzeitig drücken wir dieser Geschichte und den beteiligten Menschen und Sprachen unseren eigenen Stempel auf. Es ist die Sprachwahl, mit der wir Grenzen der ethnischen Zugehörigkeit und persönlicher Beziehungen aufrecht erhalten oder ändern; es ist die Sprachwahl, mit der wir ‚uns‘ und ‚die Anderen‘ im Rahmen politisch-ökonomischer und historischer Kontexte konstruieren und definieren.“¹²⁶

Lebensweltliche Mehrsprachigkeit

Je mehr gelebte kommunikative Welten mit *lebensweltlicher Mehrsprachigkeit* in den Blick einbezogen werden, umso mehr verlieren starre Begrifflichkeiten und variablenabhängige Kausalzusammenhänge ihre Bedeutung, und es treten differenzierte, interaktionsbezogene Untersuchungsergebnisse an ihre Stelle. Als „funktional“ kann diese Art von Mehrsprachigkeit also dann bezeichnet werden, wenn sie aufgaben- und kompetenzspezifisch und nicht als von außen vorgeschrieben, also „präskriptiv“ eingesetzt wird.¹²⁷

Ich will im Folgenden eine Sequenz eines Sprechers aus einem mehrsprachigen (deutsch-türkischen) Gespräch vorstellen,¹²⁸ in der die lokalen Funktionen des *codeswitching* deutlich werden:¹²⁹

İndim, Sema'ya arıyom bakıyom. Bi baktım Matthias'ı diyor: „Hey, kannsch du mi' mitnehmen?“ Is'n Freund von mir, mit dem ich früher inner Klasse war. „He, kannschte mi' mitnehmen?“, diyo, „I hab niemand“, diyo,

¹²³ Vgl. Dell Hymes, *Soziolinguistik. Zur Ethnographie der Kommunikation*, Frankfurt/M., 1979; Volker Hinnenkamp, *Interaktionale Soziolinguistik und Interkulturelle Kommunikation. Gesprächsmanagement zwischen Deutschen und Türken*, Tübingen 1989; Inken Keim, *Interaktionale Soziolinguistik und kommunikative, soziale Stilistik*, in: *Sociolinguistica*, 20 (2006), S. 70–91.

¹²⁴ I. Keim (Anm. 23), S. 70.

¹²⁵ John J. Gumperz, *On Interactional Sociolinguistic Method*, in: Srikant Sarangi/Celia Roberts (eds.), *Talk, Work and Institutional Order*, Berlin–New York 1999, S. 454.

¹²⁶ Li Wei, *Dimensions of Bilingualism*, in: ders. (ed.), *The Bilingualism Reader*, London–New York 2000, S. 15.

¹²⁷ Vgl. Suzanne Romaine, *Sprachmischung und Purismus: Sprich mir nicht vom Mischmasch*, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, (1986) 62, S. 92–107.

¹²⁸ Vgl. Volker Hinnenkamp, „Zwei zu *bir miydi?*“ – Mischsprachliche Varietäten von Migrantenjugendlichen im Hybriditätsdiskurs, in: Volker Hinnenkamp/Katharina Meng (Hrsg.), *Sprachgrenzen überspringen. Sprachliche Hybridität und polykulturelles Selbstverständnis*, Tübingen 2005, S. 61 f.

¹²⁹ Es handelt sich um ein Transkript aus der Erforschung des Gemischtsprechens von Jugendlichen mit Migrationshintergrund; vgl. ebd. Die Verschriftlichung berücksichtigt die jeweils umgangssprachliche Sprechweise im Türkischen und Deutschen. Dank für die Unterstützung bei der Datenbeschaffung geht an Tuna Döger.

„sonst muss ich mit'm Bus oder mit der U-Bahn (. . .).“^{P30}

In dieser Sequenz wechselt (*switcht*) der Erzähler in dem Moment vom Türkischen ins Deutsche, als er seinen alten Schulfreund Matthias zitiert. Er gibt ihm sozusagen seine authentische Stimme. Diese Zitate sind mit dem türkischen Verb *diyör* bzw. *diyo* (er sagt) eingeklammert. Gleichzeitig wechselt er auch ins erzählerische Präsens und leiht seinem Freund die dialektale (schwäbische) Stimme: „Kannschte mi' mitnehmen (. . .) I hab niemand“. Bei der Erläuterung in Deutsch, woher er Matthias kennt („Is'n Freund von mir“), handelt es sich um eine Qualifizierung des Gesagten bzw. des eingeführten neuen Protagonisten. Da es sich um eine Nebensequenz der Erzählung handelt, wird sie in Deutsch wiedergegeben. Die Haupterzählung geht auf Türkisch weiter. Gleichzeitig wird in dieser Nebensequenz kein Schwäbisch mehr gesprochen und steht so in Kontrast zur wörtlichen Rede.

Diese Sequenz ist ein kleiner Ausschnitt aus einem über halbstündigen Gespräch, in dem alle beteiligten Sprecher zwischen Sprachen und zwischen Varietäten hin und her wechseln. In der kleinen Beispielsequenz zeigt der Sprecher, wie er zwei Sprachen und unterschiedliche Varietäten (Schwäbisch, Hochdeutsch; türkische Umgangssprache) einsetzt, um seine kommunikativen Intentionen differenziert und gleichzeitig verschiedene Zugehörigkeiten auszudrücken. Hier handelt es sich im Sinne von Jørgensen um eine Spielart der *integrierten Bilingualismnorm*.

Polylinguale Sprachbasteleien

Sprache hat viele Funktionen, auch expressiv-performative und poetische. In meinen Untersuchungen von polylingualen jugendlichen bin ich auch immer wieder auf spontane – mitunter dichterische – Sprachbasteleien gestoßen. Dabei wird das Potenzial aller zur

^{P30} Übersetzung (Türkische Elemente kursiv): *Bin ausgestiegen, bin los nach Sema schauen. Auf einmal seh ich Matthias, sagt er: „Hey, kannsch du mi' mitnehmen?“ Is'n Freund von mir, mit dem ich früher inner Klasse war. „He, kannschte mi' mitnehmen?“ sagt er, „I hab niemand“, sagt er, „sonst muss ich mit'm Bus oder mit der U-Bahn (. . .).“*

Verfügung stehenden Sprachen und Varietäten genutzt – Jørgensens *Polylingualismnorm*. Dazu gehören neben Stilisierungen, Verdrehungen und Verulkungen anderer Sprachen und Varietäten (z. B. Imitationen von „Gastarbeiterdeutsch“, amerikanischem Akzent u. a.), Zitate aus den Medien, vor allem aber auch das Ausschöpfen von Mehrdeutigkeiten bei Sprachähnlichkeiten von Deutsch und Türkisch und witzige deutsch-türkische Kombinationen, wie im folgenden Beispiel:

Wolfgang *adı* Wolfgang
Wolfgang Wolf *un ođlu* Molf
Wolfgang Wolf *un ođlu* Molfgang
Wolfgang Wolf *un ođlu* in Wolfsburg
Adam drei mal Wolf *oldu* Doppelwolf
Ama Wolfsburg *da oynuyor*
Wolfgang *oynuyor ama wo wo*^{P31}

Diese Reihung entstand im Rahmen eines kleinen verbalen Austausches von zwei 15-Jährigen. Deutlich kann man das Spiel mit „o“ und dunklen Lauten (o, a) sehen; deutlich auch die türkischen Verdopplungen mit „m“ im Anlaut: „Wolfgang Molfgang“, was so viel wie „Wolfgang usw.“ heißt. Bei einer anderen Gelegenheit beispielsweise wird aus *hava* (Wetter, Luft) der rhythmische Abzählvers „*Bir sana bi hava / bir sana bi hava*“ („Einen für dich, einen in die Luft / Einen für dich, einen in die Luft“), was zur „*Hava Ana*“, der „Mutter Eva“, führt, um dann schließlich ganz profan in „Havanna Zigarre“ übergeleitet zu werden.

Ich nenne diese Spiele und andere Performances „virtuos“, weil in ihnen nicht nur die poetische Funktion im Vordergrund steht, denn das teilen sie zweifelsohne mit der Spontanpoesie und den Wortspielereien anderer Kinder und Jugendlicher. Erstaunlich ist darüber hinaus, dass diese Sprachspielereien all die ihnen zur Verfügung stehenden kommunikativen Elemente souverän als Ressource ihrer Polylingualität nutzen. Die Sprachspieler zeigen dabei ein hohes normatives Be-

^{P31} Übersetzung: Wolfgang *sein Name ist* Wolfgang / Wolfgang Wolf *sein Sohn ist* Molf / Wolfgang Wolf *sein Sohn ist* Molfgang / Wolfgang Wolf *sein Sohn ist* in Wolfsburg / *Der Mensch war* drei mal Wolf Doppelwolf / *Aber er spielt* in Wolfsburg / Wolfgang *spielt aber wo wo*.

wusstsein für Sprache und Varietäten, sowie Wissen über Wortbildungsprozesse.

Weiterhin könnte man aus den Daten über polylinguale Jugendliche Rückschlüsse auf die Sprachaneignungsgeschichte dieser Jugendlichen außerhalb des Schulunterrichts ziehen und stieße auf ein bislang wenig beachtetes Kompetenzprofil: Die Fähigkeit, Sprachen bei jeder Gelegenheit zu lernen, auf der Straße, aus den Medien, in alltäglichen Kommunikationssituationen – und vielleicht selbst noch in der Schule.¹³²

Fazit

Mehrsprachigkeit in Deutschland ist wie ein Flickenteppich mit vielen Löchern. Die Löcher sind dabei die Zonen der Einsprachigkeit. Mehrsprachigkeit ist aber auch ein politischer Affront, persönlich wie institutionell; sie fordert ihre Anerkennung und ihre Normalisierung. Sie kann nicht allein auf ihren Integrations- oder Mobilitätsnutzen reduziert werden, also nicht rein instrumentell definiert werden. Eine solche Sichtweise würde eine einseitige Bringschuld unterstellen und ein reines Nutzenkalkül beinhalten, das die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für ihre Akteure übersieht, da es Fragen der Identität als auch sprachökologische Fragen ethnolinguistischer Vitalität ignoriert.

Doch zunächst einmal gilt es, eine nicht-essentialistische Sicht auf Sprache und auf Mehrsprachigkeit bzw. die vielen Arten der Mehrsprachigkeit zu ermöglichen. Der österreichische Linguist und Mehrsprachigkeitsexperte Mario Wandruszka hat bereits vor über dreißig Jahren folgende Erkenntnis formuliert: „Für den Menschen gibt es weder eine vollkommene Beherrschung seiner Sprache noch eine völlig homogene Sprachgemeinschaft. Es gibt nie und nirgends ein perfektes, homogenes Monosystem, immer und überall nur *unvollkommene heterogene Polysysteme*.“

¹³² Es gibt mittlerweile eine große Anzahl von soziolinguistischen Untersuchungen, die diese Mehrsprachigkeiten unter unterschiedlichen Fragestellungen gerade bei Jugendlichen untersuchen. Vgl. u. a. Ben Rampton, *Crossing*, London–New York 1995; İnci Dirim/Peter Auer, *Türkisch sprechen nicht nur die Türken*, Berlin–New York 2004; H. Julia Eksner, *Ghetto Ideologies, Youth Identities and Stylized Turkish*, Berlin 2006; Inken Keim, *Die „türkischen Powergirls“*, Tübingen 2008².

Das Verhältnis des Menschen zu seiner Sprache ist nicht das der vollkommenen Einsprachigkeit, sondern im Gegenteil das der *unvollkommenen Mehrsprachigkeit* und der *mehrsprachigen Unvollkommenheit*.¹³³ Es scheint noch ein langer Weg zu sein, bis sich diese Erkenntnis entgegen abstrakten Maximalismen als Grundlage von sprachpolitischen Erwägungen durchsetzen kann.

Eingangs habe ich aus dem Grundgesetz zitiert: „Niemand darf wegen (...) seiner Sprache (...) benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Wenn wir nun auf den „Streitfall“ Zweisprachigkeit schauen, können wir mit Blick auf die nunmehr kritische und differenzierte Sichtweise von Mehrsprachigkeiten – hier würde ich gerne den Plural benutzen – wohl kaum Deutsch als einzigen anererkennungswürdigen Dreh- und Angelpunkt für die Förderung von Integration und Mobilität innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft betrachten. Auch wenn dies vielleicht im Sinne der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung, der Bildungsinstitutionen und eines Großteils des Arbeitsmarktes wäre, so entspräche es weder einem grundgesetzlich festgeschriebenen politischen Ethos noch der Anerkennung von Rechten jenseits eines vordergründigen Nutzenkalküls.

Zudem bleibt ein Aspekt bislang völlig unterbewertet: Potenziale von Mehrsprachigkeit sind bislang immer nur in einem direkten Abbildungsverhältnis zu seinen unmittelbaren Verwendungszwecken betrachtet worden, aber so wie es nach Erkenntnissen der Neurobiologie einen Zusammenhang zwischen dem Erklettern von Bäumen und dem Verstehen von mathematischen Aufgaben gibt, so könnten auch polylinguale Kompetenzen ganz andere Potenziale beinhalten. Anerkennung von vielsprachigen Realitäten, wie immer *unvollkommen*, kann den Weg für neue, bislang ungedachte Zusammenhänge eröffnen.

¹³³ Mario Wandruszka, *Die Mehrsprachigkeit des Menschen*, München 1979, S. 313 (Hervorhebungen: VH).

Kiezdeutsch – ein neuer Dialekt

Etwa seit Mitte der 1990er Jahre ist mit „Kiezdeutsch“ eine Jugendsprache in den Blick der Öffentlichkeit getreten, die sich in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil ausgebildet hat. Hier einige Beispiele aus diesem Sprachgebrauch: *„Lassma Viktoriapark gehen, Lan.“* / *„Ich höre Alpa Gun, weil der so aus Schöneberg kommt.“* / *„Ich hab meiner Mutter so Zunge rausgestreckt, so aus Spaß. Wallah.“* Wie diese Sätze illustrieren, weicht Kiezdeutsch

in verschiedenen Bereichen vom Standarddeutschen ab. Entgegen einer verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung ist es jedoch kein gebrochenes Deutsch, sondern begründet einen neuen, urbanen Dialekt des Deutschen, der – ebenso wie andere deutsche Dialekte auch – systematische sprachliche Besonderheiten in Bereichen wie Aussprache, Wortwahl und Grammatik aufweist.

Begriff „Kiezdeutsch“

In der öffentlichen Diskussion werden zum Teil auch andere Bezeichnungen verwendet, etwa „Kanak Sprak“, ein Begriff der besonders in den Comedybereich Eingang gefunden hat. „Kiezdeutsch“, die Bezeichnung, die hier benutzt wird, ist aus mehreren Gründen besonders passend für diese Jugendsprache. Zum einen macht sie deutlich, dass wir es mit einer Varietät des *Deutschen* zu tun haben. Zum anderen weist sie darauf hin, dass diese Jugendsprache im *Kiez* beheimatet ist, der im Berlinerischen ein alltägliches Wohnumfeld identifiziert, dass es sich also um eine informelle, alltagssprachliche Form des Deutschen handelt. Schließlich beinhaltet der Begriff keine ethnische Eingrenzung und kann so erfassen,

dass Kiezdeutsch nicht nur von Sprecherinnen und Sprechern einer bestimmten Herkunft gesprochen wird.

Demgegenüber fasst eine Bezeichnung wie „Kanak Sprak“ zunächst nur Jugendliche nicht-deutscher Herkunft in den Blick und tut dies auf eine stark herabsetzende Weise. Der Gebrauch des Ausdrucks „Kanak Sprak“ war zwar ursprünglich als Rückeroberung eines negativ besetzten Begriffs im Rahmen politischer Migrantenbewegungen motiviert.¹ Wie sprachideologische Untersuchungen betonen, sind die herabsetzenden Assoziationen zu „Kanak“ aber erhalten geblieben.² Ich verwende daher ausschließlich den Begriff „Kiezdeutsch“, der solche negativen Vorabwertungen vermeidet und mittlerweile auch in der politischen Diskussion gut eingeführt ist.

Wer spricht Kiezdeutsch?

Jugendsprachen hat es schon immer gegeben; das Besondere an Kiezdeutsch ist, dass sich diese Jugendsprache im Kontakt unterschiedlicher Sprachen entwickelt hat.³ Ähnliche Jugendsprachen gibt es auch in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in den Niederlanden, in Dänemark und in Schweden.⁴ Kiezdeutsch ist also kein isoliertes deutsches Phänomen. In den Niederlanden wird die betreffende Jugendsprache *Straattaal* genannt, wörtlich „Straßensprache“; in Schweden spricht man von *Rinkeby-Svenska*, benannt nach Rinkeby, einem Stockholmer Vorort mit hohem Migrantenanteil; in Dänemark ist eine

¹ Vgl. Feridun Zaimoğlu, *Kanak Sprak*. 24 Mißtöne vom Rande der Gesellschaft, Berlin 1995.

² Vgl. Jannis Androutopoulos, *Ethnolekte in der Mediengesellschaft*, in: Christian Fandrych/Reinier Salverda (Hrsg.), *Standard, Variation und Sprachwandel in germanischen Sprachen*, Tübingen 2007.

³ Vgl. z. B. Peter Auer, „Türkenslang“: Ein jugendsprachlicher Ethnolekt des Deutschen und seine Transformationen, in: Annelies Häcki Buhofer (Hrsg.), *Spracherwerb und Lebensalter*, Tübingen 2003; Werner Kallmeyer/Inken Keim, *Linguistic variation and the construction of social identity in a German-Turkish setting*, in: Jannis Androutopoulos/Alexandra Georgakopoulou (eds.), *Discourse Constructions of Youth Identities*, Amsterdam 2003; Heike Wiese, *Kiezdeutsch*, Publikation vorgesehen für 2010, C. H. Beck-Verlag.

⁴ Vgl. Heike Wiese, *Grammatical innovation in multiethnic urban Europe: New linguistic practices among adolescents*, in: *Lingua*, 119 (2009), S. 782–806; weitere Literaturangaben dort.

solche Jugendsprache als *Københavnsk Multiethnolekt* bekannt.

All diesen Jugendsprachen ist gemeinsam, dass sie nicht auf Jugendliche mit Migrationshintergrund beschränkt und auch nicht für Sprecher einer bestimmten Herkunftssprache typisch sind (etwa Türkisch), sondern sich im gemeinsamen Alltag junger Menschen unterschiedlicher Herkunft entwickelt haben. Man spricht daher auch von „Multiethnolekten“, ein Begriff der die ethnische Vielfalt der Sprecher betont.¹⁵ Kiezdeutsch ist somit nicht etwa ein Zeichen fehlender Integration „ausländischer“ Jugendlicher, sondern hat sich gerade in gemischten Gruppen Jugendlicher deutscher und nicht-deutscher Herkunft entwickelt. Kiezdeutsch ist damit ein Zeichen für eine besonders gelungene sprachliche Integration: ein Beitrag aus multiethnischen Wohngebieten, an dem Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen beteiligt sind.

Diese Integration macht Kiezdeutsch zu einem besonders interessanten sprachlichen Phänomen. Mit anderen Jugendsprachen teilt es Charakteristika wie etwa die bevorzugte Verwendung innerhalb einer Gruppe Gleichaltriger, die Abgrenzung gegenüber Erwachsenen oder auf sprachlicher Ebene zum Beispiel den Einfluss des US-Amerikanischen. Im Vergleich zu anderen Jugendsprachen finden wir in Kiezdeutsch aber eine besondere grammatische Dynamik, die durch die vielsprachigen Kompetenzen seiner Sprecher gestützt wird.

Viele Sprecher von Kiezdeutsch beherrschen neben dem Deutschen noch eine oder sogar mehrere andere Sprachen fließend. So mag jemand, der Kiezdeutsch mit seinen Freunden spricht, vielleicht kurdisch mit seiner Großmutter sprechen, arabisch mit dem Großvater und der Mutter und deutsch mit dem Vater. Ein anderer Jugendlicher, der Kiezdeutsch spricht, mag deutscher Herkunft sein und zu Hause nur deutsch sprechen, aber von seinen Freunden oder deren Eltern etwas

Türkisch gelernt haben.¹⁶ Diese vielsprachigen Kompetenzen erzeugen ein Umfeld, das sprachliche Innovationen besonders begünstigt. Kiezdeutsch konnte sich so zu einem Dialekt des Deutschen entwickeln, der in relativ kurzer Zeit besonders viele sprachliche Neuerungen hervorgebracht hat.

Bedroht Kiezdeutsch das Deutsche?

Die sprachlichen Neuerungen liefern in der öffentlichen Diskussion zu Kiezdeutsch mitunter Anlass für massive Sprachkritik. Kiezdeutsch wird als „gebrochenes Deutsch“ angesehen, als aggressives „Gossen-Stakkato“, das auf „Spracharmut“ und „sprachliches Unvermögen“ hinweise, als eine „Verhöhnung des Deutschen“, die zum „Verfall unserer Sprache“ beitrage.¹⁷ Kritik an Jugendsprache hat es selbstverständlich schon immer gegeben – schließlich ist eine der Funktionen von Jugendsprache die Abgrenzung gegenüber den Älteren. Im Fall einer multiethnischen Jugendsprache wie Kiezdeutsch findet sich darüber hinaus aber oft eine deutliche gesellschaftspolitische Komponente, die neben der Sorge um das Deutsche zum Teil in dem Vorwurf gipfelt, wer als Jugendlicher nicht-deutscher Herkunft Kiezdeutsch spreche, zeige damit zumindest einen mangelnden Integrationswillen, wenn nicht gar seine Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Sprache.

Man muss sich hier aber klar machen, dass es nicht das *eine* Deutsch gibt, sondern dass die deutsche Sprache, wie jede Sprache, ein Spektrum unterschiedlicher Dialekte und Stile umfasst, und die Entwicklung von Jugendsprachen ist ein Aspekt davon. Wir alle beherrschen mehrere Elemente dieses Spektrums und sprechen beispielsweise neben dem Standarddeutschen noch eine regional gefärbte Varietät oder einen Dialekt, und wir sprechen ein stärker umgangssprachliches Deutsch mit der Familie oder mit Freunden als etwa mit Vorgesetzten oder bei einer Prüfung. Ebenso ist Kiezdeutsch nur ein Teil des sprachlichen Repertoires von Jugendlichen: Kiezdeutsch wird unter Freunden gesprochen, aber nicht mit Eltern, Lehrern usw.

¹⁵ Vgl. etwa P. Auer (Anm. 3); Pia Quist, Sociolinguistic approaches to multiethnolect, in: *International Journal of Bilingualism*, 12 (2008), S. 43–61; Heike Wiese/Ulrike Freywald/Katharina Mayr, *Kiezdeutsch as a test case for the interaction between grammar and information structure*, Potsdam 2009.

¹⁶ Vgl. İnci Dirim/Peter Auer, *Türkisch sprechen nicht nur die Türken*, Berlin 2004.

¹⁷ Zitate aus Medien und Zuschriften in Reaktion auf Medienberichte zu sprachwissenschaftlichen Forschungsergebnissen.

Kiezdeutsch stellt somit grundsätzlich keine Bedrohung für das Deutsche dar: Auf der Ebene seiner Sprecher ist es Teil eines größeren sprachlichen Repertoires, auf der Ebene des Sprachsystems einer von vielen Dialekten des Deutschen – lediglich mit der Besonderheit, dass es sich hier um einen Dialekt handelt, der überregional im multiethnischen urbanen Raum beheimatet ist. Daher ist es auch nicht überraschend, dass wir ganz ähnlichen Vorurteilen und Befürchtungen gegenüber Kiezdeutsch begegnen, wie sie auch gegenüber traditionellen Dialekten verbreitet waren und zum Teil noch sind. Ebenso wie das Hessische oder das Bayerische jedoch nicht eine Bedrohung des Deutschen, sondern eine Bereicherung des deutschen Varietätenspektrums darstellen, beeinträchtigt auch Kiezdeutsch die deutsche Sprache nicht in ihrer grammatischen Integrität, sondern fügt ihrem Spektrum ein neues Element hinzu. Und ebenso wie der Gebrauch des Hessischen oder des Bayerischen nicht einen gescheiterten Versuch darstellt, Standarddeutsch zu sprechen, so weist auch die Verwendung von Kiezdeutsch nicht auf mangelnde Sprachkompetenzen hin.

Kiezdeutsch ist somit keine formelhafte, grammatisch reduzierte Sprache, die sich in ritualisierten Drohgebärden erschöpft, wie sie oft karikaturhaft zitiert werden („*Was guckst du? Bin ich Kino?*“, „*Ich mach dich Messer!*“). Wie jeder andere Dialekt unterscheidet sich auch Kiezdeutsch von der deutschen Standardsprache. Diese Unterschiede weisen jedoch nicht auf „gebrochenes Deutsch“, sondern bilden ein eigenständiges System und sind Bestandteil einer eigenen Varietätengrammatik: Wir finden in Kiezdeutsch nicht bloß sprachliche Vereinfachung, sondern eine systematische, produktive Erweiterung des Standarddeutschen.

Was ist typisch für Kiezdeutsch?

Wie die Beispiele vom Anfang zeigen, finden sich in Kiezdeutsch unter anderem Neuerungen in zwei Bereichen: Erstens werden neue Wörter verwendet, die etwa aus dem Türkischen oder Arabischen stammen, wie „Lan“ (wörtlich „Mann/Typ“) oder „wallah“ (wörtlich „und Allah“). Diese Ausdrücke machen Kiezdeutsch nicht zu einer türkisch-deutschen oder deutsch-arabischen Mischsprache,

wie manchmal angenommen wird, sondern werden als neue Fremdwörter integriert: Sie werden nach den Regeln der deutschen Grammatik verwendet („Lan“ zum Beispiel so ähnlich wie „Alter“ in der Jugendsprache, „wallah“ so ähnlich wie „echt“), und ihre Aussprache wird eingedeutscht. Als Fremdwörter werden sie von Sprechern unterschiedlicher Herkunft gleichermaßen benutzt, auch von solchen, die neben Deutsch keine weitere Familiensprache haben und zum Beispiel kein Arabisch oder Türkisch beherrschen: Genauso, wie zum Beispiel keine Englischkenntnisse dafür nötig sind, das Wort „Computer“ im Deutschen zu gebrauchen, kann man „Lan“ auch verwenden, ohne fließend türkisch zu sprechen.

Ein zweiter Bereich sprachlicher Neuerungen zeigt sich auf grammatischer Ebene, im Entstehen neuer Konstruktionen. Wie bei anderen Dialekten auch folgen diese Konstruktionen bestimmten Regeln und sind nicht darauf zurückzuführen, dass Sprecher nicht „richtig deutsch“ sprechen könnten. Einige der grammatischen Neuerungen könnten auf den ersten Blick wie bloße Vereinfachungen wirken, etwa in den Beispielen „*Das ist mein Schule*“ und „*Hast du Handy?*“ Im ersten Satz hätte das Possessivpronomen „mein“ im Standarddeutschen eine Flexionsendung („meine Schule“), im zweiten Satz stünde im Standarddeutschen ein Artikel („*ein Handy*“). Diese Unterschiede könnten zwar nahelegen, dass Kiezdeutsch so etwas wie eine grammatisch reduzierte Form des Standarddeutschen ist. Eine nähere Betrachtung zeigt aber, dass dies nicht der Fall ist.

Grundsätzlich können wir in der Entwicklung des Deutschen (und nicht nur dort) die Tendenz beobachten, dass Flexionsendungen und funktionale Elemente wie der Artikel „ein“ verkürzt werden oder entfallen. So heißt es im heutigen Deutsch nicht mehr „dem Manne“, sondern „dem Mann“, ohne nominale Kasusendung; im gesprochenen Deutsch entfallen Personalendungen von Verben häufig in der ersten Person Singular, etwa „ich sag“ statt „ich sage“, und der indefinite Artikel „ein“ wird oft stark reduziert und an das vorhergehende Wort gehängt: „Hast du’n Handy?“

Diese Tendenz des Deutschen spiegelt sich auch in Kiezdeutsch wider: Die Verkürzungen,

die wir dort finden, sind im System des Deutschen bereits angelegt; sie bringen kein fremdes Element der grammatischen Reduktion von außen hinein, sondern führen eine bereits vorhandene sprachliche Entwicklung des Deutschen weiter. Eine solche Weiterführung ist charakteristisch für Dialekte, die oft dynamischer und innovativer sind als die Standardsprache, da sie keiner so starken schriftsprachlichen Normierung unterworfen sind.

Verkürzungen sind zudem nur die eine Seite der Medaille: Ergänzend zu grammatischen Vereinfachungen und oft im Zusammenspiel mit diesen entstehen in Kiezdeutsch auch neue sprachliche Formen und Konstruktionsmuster. Wenn wir einen Ausdruck wie „lassma“ aus dem ersten Beispielsatz ganz am Anfang im sprachlichen System von Kiezdeutsch untersuchen, dann finden wir einen zweiten Ausdruck, „musstu“, der sich ganz ähnlich wie „lassma“ verhält. Beide Wörter, entstanden aus „lass uns mal“ bzw. „musst du“, leiten Aufforderungen ein, wie der Satz vom Anfang und das folgende Parallelbeispiel mit „musstu“ illustrieren:¹⁸ „*Lassma Viktoriapark gehen!*“ / „*Musstu hier anhalten!*“

Wir können hier die Entstehung von zwei neuen Aufforderungspartikeln beobachten, also festen, unflektierten Ausdrücken, die signalisieren, dass der Satz, in dem sie auftreten, als Vorschlag oder Aufforderung zu verstehen ist. Die Entwicklung solcher Partikeln ist ein Phänomen, für das es auch andere Beispiele aus der Geschichte des Deutschen gibt: So ist im Standarddeutschen die Partikel „bitte“ auf ganz ähnliche Weise aus der ursprünglich komplexen, flektierten Form „(ich) bitte“ entstanden.

In standarddeutschen Konstruktionen wie „Dann musst du hier anhalten“ ist „musst“ eine Singularform, kann sich also nur an einen einzelnen Hörer richten. In Kiezdeutsch ist die Entwicklung von „musstu“ zu einer festen Partikel schon so weit fortgeschritten, dass „musstu“ auch gegenüber mehreren Hörern gebraucht werden kann, also in Kontexten, in denen im Standarddeutschen „müsst ihr“ verwendet würde. Interes-

santerweise ist in Kiezdeutsch nicht nur ein einzelner neuer Ausdruck entstanden, sondern es bildet sich bereits ein neues grammatisches Subsystem, in denen die beiden Aufforderungspartikeln unterschiedliche, sich ergänzende Funktionen erfüllen: „lassma“ leitet Aufforderungen ein, die den Sprecher selbst einbeziehen (Wir-Vorschläge), „musstu“ leitet dagegen Aufforderungen ein, die nur dem Hörer bzw. den Hörern gelten (Du/Ihr-Vorschläge).

„Musstu“ und „lassma“ gehen auf zwei Verben zurück, die mit Infinitiven kombiniert werden, nämlich „müssen“ und „lassen“. Durch die Entwicklung von „musstu“ und „lassma“ zu festen Wörtern erhalten wir in Kiezdeutsch Sätze, in denen diese Partikeln nun von Infinitiven gefolgt werden („Viktoriapark gehen“, „hier anhalten“). Dieses Schema passt ebenfalls gut in das grammatische System des Deutschen: Aufforderungen können typischerweise durch Infinitivkonstruktionen ausgedrückt werden, zum Beispiel „Bei Rot hier anhalten“. Ein kiezdeutscher Satz wie „Musstu anhalten“ ist damit in seinem Aufbau parallel zu einem standarddeutschen Satz wie „Bitte anhalten“, in dem ebenfalls eine Partikel mit einer Infinitivkonstruktion kombiniert wird. Wir haben es hier also mit einer Entwicklung in Kiezdeutsch zu tun, die sich in das grammatische System des Deutschen einpasst.

Die Verwendung von „Viktoriapark“ als bloßes Nomen ohne Artikel und Präposition im Satz „*Lassma Viktoriapark gehen*“ verweist auf ein weiteres Phänomen, das diese Einpassung von Kiezdeutsch verdeutlicht. Auf den ersten Blick mag die Konstruktion wie eine willkürliche Vereinfachung wirken. Zum einen treten solche bloßen Nomen jedoch systematisch als Orts- und Zeitangaben auf. Zum anderen findet man ähnliche Wendungen auch in der gesprochenen Sprache außerhalb von Kiezdeutsch, ein Hinweis auf die Verankerung dieser Option im System des Deutschen. Im informellen gesprochenen Deutsch werden solche Konstruktionen zum Beispiel im Berliner Raum regelmäßig bei der Bezeichnung von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel verwendet. Hier zwei Antworten, die Studierende eines Grammatikseminars erhielten, als sie an unterschiedlichen Orten Berlins nach dem Weg fragten: „*Dann steigen Sie Mollstraße aus.*“ (statt „an der

¹⁸ Vgl. Heike Wiese, „Ich mach dich Messer“: Grammatische Produktivität in Kiez-Sprache, in: Linguistische Berichte, 207 (2006), S. 245–273.

Mollstraße“) / „Sind wir schon Zoo?“ (statt „am Zoo“).

Äußerungen wie diese sind keine Ausnahmen, sondern illustrieren ein gut etabliertes Phänomen: Fast zwei Drittel der Antworten in dieser Studie hatten diese Form. Das bedeutet, dass es in der gesprochenen Sprache fast schon ungrammatisch ist, hier Artikel und Präposition zu benutzen! Im informellen Standarddeutsch scheint diese Art von Ortsangabe auf Haltestellen beschränkt zu sein, während es in Kiezdeutsch diese Einschränkung nicht gibt. Wir finden hier also eine Neuerung in Kiezdeutsch, die entsteht, indem eine grammatische Möglichkeit des Deutschen in ihrem Anwendungsbereich erweitert wird.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal von Kiezdeutsch ist die Verwendung von „so“ an Stellen, an denen man es im Standarddeutschen nicht erwarten würde. Hier zur Verdeutlichung noch einmal zwei der Beispielsätze aus der Einleitung: „Ich höre Alpa Gun, weil der so aus Schöneberg kommt.“ / „Ich hab meiner Mutter so Zunge rausgestreckt, so aus Spaß.“

Im Standarddeutschen hat die Partikel „so“ mehrere Funktionen, insbesondere kann sie Vergleichsrelationen ausdrücken („So schnell wie Anja“) und Intensität markieren („So hoch!“). In der gesprochenen Sprache wird „so“ darüber hinaus als sogenannter Quotativmarker verwendet, zur Einleitung von Zitaten („Ich dann so: ‚Was ist denn hier los?‘“). Gemeinsam ist diesen Funktionen, dass „so“ einen Bedeutungsbeitrag leistet, der auf „Wie?“ antwortet und umschrieben werden kann mit „auf diese Art“.

In Kiezdeutsch kommt noch eine neue Funktion hinzu, bei der dieser Bedeutungsbeitrag dann entfällt: In den Beispielen steht „So“ jeweils vor dem sogenannten Fokus des Satzes, jenem Teil, der die neue, besonders hervorzuhebende Information liefert. Im ersten Beispiel ist dies „aus Schöneberg“: Diese Ortsangabe liefert die besonders hervorgehobene Information, sie gibt den Grund an, aus dem die Sprecherin den Rap-Sänger Alpa Gun besonders mag. Im zweiten Beispiel ist die wichtige Information im ersten Teil die Handlung „Zunge rausgestreckt“, im zweiten Teil die Information, dass dies „aus Spaß“ ge-

schah. In allen Fällen markiert „so“ den jeweiligen Fokusaussdruck.

Grundsätzlich wird der Fokus eines Satzes im Deutschen zum einen durch die Intonation markiert: Der Fokusaussdruck wird am stärksten betont, er erhält den Satzakkzent. Zum anderen wird Fokus durch die Wortstellung unterstützt: Fokusaussdrücke stehen oft in hervorgehobener Position am Ende des Satzes. In Kiezdeutsch entwickelt sich mit „so“ eine weitere Option, die das Standarddeutsche nicht hat, nämlich die Verwendung eines Fokusmarkers. Als solcher liefert „so“ keine zusätzliche Bedeutung für den Satz. Man spricht in einem solchen Fall daher von „Grammatikalisierung“: ein Verlust von Bedeutung zu Gunsten einer rein grammatischen oder pragmatischen Funktion.

Ein Beispiel für Grammatikalisierung im Standarddeutschen ist die Verwendung der Partikel „zu“. In Konstruktionen wie „Sie liest Krimis zur Entspannung“ begründet „zu“ eine Finalangabe, die das Ziel oder den Zweck einer Handlung angibt, liefert also Bedeutungsanteile für den Satz. In Infinitivkonstruktionen wie „Sie glaubt zu träumen“ ist „zu“ demgegenüber grammatikalisiert: „zu“ trägt nicht mehr zur Bedeutung bei, sondern ist hier ein reiner Infinitivmarker.

Die Verwendung von „so“ als Fokusmarker scheint nicht auf Kiezdeutsch beschränkt zu sein, sondern auch in anderen umgangssprachlichen Varianten des Deutschen vorzukommen, wenn auch möglicherweise nicht so häufig. Hier ein Beispiel aus einem Internetchat: G.: „was suchst du im chat?“ – L.: „so coole leute zum kennenlernen“. Ein weiteres Beispiel kommt aus einer Talkshow, in der der Moderator Johannes B. Kerner die Autorin Charlotte Roche fragt, von wem sie auf ihr neues Buch angesprochen wird: „So auch auf der Straße kommen die Leute, oder sind das hauptsächlich Journalisten?“

In beiden Fällen wird „so“ als Fokusmarker verwendet: Es trägt keine inhaltliche Bedeutung, sondern markiert jeweils die Ausdrücke, die die wichtige, besonders hervorzuhebende Information liefern, nämlich „coole Leute“ im ersten und „auch auf der Straße“ im zweiten Beispiel. Die Entwicklung, die wir für „so“ in Kiezdeutsch beobachten, ist somit kein isoliertes Phänomen,

sondern hier nur besonders augenfällig: Kiezdeutsch baut eine Option systematisch aus, die auch in anderen Varianten des Deutschen genutzt wird.

Ein ganz ähnliches Phänomen wie im Fall von „so“ ist übrigens für eine verwandte germanische Sprache, nämlich das Englische, beobachtet worden, und zwar für den Ausdruck „like“, der ja teilweise eine ähnliche Bedeutung wie „so“ hat und interessanterweise ebenfalls als Quotativmarker benutzt werden kann („I was like, ‚What’s going on here?’“). Im nordamerikanischen Englisch wird „like“ – ganz ähnlich wie „so“ in Kiezdeutsch – als Fokusmarker verwendet und kann – wie „so“ – in dieser Funktion an Stellen auftreten, an denen es im Standardenglischen nicht erwartet würde, zum Beispiel in „She’s like really smart.“¹⁹

Das bedeutet nicht, dass die Verwendung von „so“ als Fokusmarker eine Entlehnung aus dem Englischen ist. Der Fall von „like“ zeigt, dass die Entwicklung von Fokusmarkern in germanischen Sprachen möglich ist und dass mit der Verwendung von „so“ in Kiezdeutsch eine Option realisiert wird, die keinen Einzelfall darstellt, aber das bedeutet nicht, dass für diese Entwicklung ein Einfluss des Englischen nötig war.

Ebenso sind auch die anderen grammatischen Neuerungen in Kiezdeutsch, wie wir gesehen haben, im System des Deutschen verankert und nicht etwa auf Einflüsse aus dem Türkischen oder Arabischen zurückzuführen: Kiezdeutsch ist ein Dialekt des *Deutschen*, der – wie andere Dialekte auch – die grammatischen Möglichkeiten unserer Sprache weiterentwickelt.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Kiezdeutsch ist kein „falsches“ oder „schlechtes“ Deutsch. Kiezdeutsch ist eine sprachliche Varietät, die in sich stimmig ist. Wie jeder Dialekt ist es durch Abweichungen vom Standarddeutschen gekennzeichnet, diese sind aber systematisch und nicht bloße Fehler.

¹⁹ Robert Underhill, *Like is, like, focus*, in: *American Speech*, 63 (1988), S. 234–246.

Die Abgrenzung zu Fehlern zeigte sich auch in einer Studie, in der wir Jugendlichen in Berlin-Kreuzberg unterschiedliche Sätze vorspielten, die entweder standarddeutsch waren oder typische Kiezdeutsch-Merkmale zeigten oder aber willkürliche grammatische Fehler enthielten. Kiezdeutsch wurde hier klar als eigene Varietät abgegrenzt: Die Jugendlichen akzeptierten die Standardsätze problemlos, erkannten die Kiezdeutschsätze und beschrieben sie als Teil ihres Sprachgebrauchs mit Freunden („Ja, so sprechen wir manchmal.“) und lehnten dagegen die Fehlersätze durchgehend als falsch ab („Nein! Also ganz ehrlich, woher haben Sie das denn?“).¹⁰

Kiezdeutsch lässt sich somit auch auf der Ebene der Sprecherinnen und Sprecher klar von sprachlichen Fehlern abgrenzen und stellt als eigenständiger Dialekt kein Problem für das Standarddeutsche dar. Ein Problem ist es allerdings für die Jugendlichen, wenn sie neben dieser Jugendsprache nicht auch das Standarddeutsche beherrschen, das für ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihr berufliches Fortkommen ja wesentlich ist.

Die Landessprache erwerben Kinder gleich welcher Herkunft normalerweise in den ersten Lebensjahren, also lange vor Eintritt in die Schule; eine wichtige Fördermöglichkeit ist daher die frühkindliche Bildung in Krippen und Kindergärten. Bei Jugendlichen, die mit Kiezdeutsch vertraut sind, kann sich Sprachförderung, die später an der Schule noch geleistet wird, die grammatische Innovativität dieses Dialekts zu Nutze machen, um über den Vergleich mit Kiezdeutsch Kompetenzen im Standarddeutschen zu fördern.¹¹

¹⁰ Vgl. Wiese et al. (Anm. 5).

¹¹ In dem Infoportal www.kiezdeutsch.de sind einige Vorschläge für Schülerprojekte, in denen dies realisiert wird, zusammengefasst.

APuZ

Nächste Ausgabe

9/2010 · 1. März 2010

Nahost-Konflikt

Alexandra Senfft

Wider die „Kultur des Konflikts“

Efraim Inbar

Herausforderungen für die Regierung Benjamin Netanjahus

David Kaye

Rechtliche und politische Implikationen des Goldstone-Berichts

Patrick Keller

Einsatz ohne Wirkung? Barack Obamas Nahost-Politik

Michaela Birk · Ahmed Badawi

Bedeutung und Wandel der Arabischen Friedensinitiative

Michael Bröning · Henrik Meyer

Zwischen Konfrontation und Evolution: Parteien in Palästina

Heike Kratt

Zivile Konfliktbearbeitung in Israel und Palästina

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
Redaktionsschluss dieses Heftes:
12. Februar 2010

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Vazrik Bazil

3-6 Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht

Die politische Sprache ist ein Kampf mit Wörtern um Wörter. Oftmals geht es darum, Deutungshoheit über bestimmte Sachverhalte zu gewinnen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die drei bekanntesten und gängigsten Methoden dazu sind benennen, besetzen und beschönigen.

Josef Klein

7-13 Sprache und Macht

Sprache prägt unser Denken, Empfinden und Werten. Neben der Sprache der Mächtigen wird im Beitrag auch die Sprache der „Machtunterworfenen“ analysiert. Es geht um Begriffskarrieren, Argumentationsmuster, semantische Strategien, rhetorische Anforderungen und kommunikationsethische Standards.

Frank Brunssen

14-20 „Jedem das Seine“ – zur Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes

Am Beispiel der im Konzentrationslager Buchenwald pervertierten Redewendung „Jedem das Seine“ wird die Aufarbeitung des lexikalischen NS-Erbes untersucht. Den Deutschen ist es bislang nicht gelungen, einen öffentlichen Konsens über den angemessenen Umgang mit belasteten Ausdrücken zu etablieren.

Rüdiger Harnisch

21-26 Dialektentwicklung am Rande des Eisernen Vorhangs

Die deutsch-deutsche Grenze hat die Dialekträume, die sie durchschneidet, ebenso verändert wie die mentalen Sprachkarten in den Köpfen der dortigen Dialekt Sprecher. Anhand konkreter Dialektmerkmale wird geschildert, wie die hermetische politische Grenze auch zu einer Sprachgrenze wurde.

Volker Hinzenkamp

27-32 Vom Umgang mit Mehrsprachigkeiten

Mehrsprachigkeit in Deutschland ist ein Politikum, obwohl Sprachfragen kaum verrechtlicht sind. Zu der Frage, ob Mehrsprachigkeit von Migranten ihre Integration fördert oder erschwert, gibt es auch in der Forschung unterschiedliche Ansichten. Tatsächlich ist Mehrsprachigkeit weltweit der Normalfall.

Heike Wiese

33-38 Kiezdeutsch – ein neuer Dialekt

Kiezdeutsch ist ein neuer Dialekt des Deutschen, der sich in Wohngebieten mit hohem Migrantenanteil unter Jugendlichen deutscher und nicht-deutscher Herkunft entwickelt hat und – ähnlich wie andere deutsche Dialekte auch – systematische grammatische Neuerungen gegenüber dem Standarddeutschen aufweist.